

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) Auch bei der inneren Entwicklung der Hochschulen haben wir erhebliche Fortschritte gemacht. Ich will nicht die lange Liste all derjenigen Schritte noch einmal verlesen oder vortragen, bei denen Nordrhein-Westfalen Vorreiter einer Entwicklung, auch der Entwicklung von moderner Steuerung in den Hochschulen selbst, gewesen ist. Diesen Weg werden wir weitergehen. Und auch auf diesem Weg zeigen sich die Erfolge. Ich kann mich gut daran erinnern, wie kritisch diskutiert worden ist, als es um leistungs- und erfolgsorientierte Mittelvergabe ging. An der einen oder anderen Stelle gibt es Kritik auch weiterhin - ohne jede Frage -, vor allem wenn es um die Ausweitung geht. Aber daß das im Prinzip ein geeignetes Mittel ist, um Hochschulen auch inhaltlich und organisatorisch in allen Strukturen weiterzuentwickeln, bestreitet ernsthaft heute niemand mehr.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das war Rudi Apostell)

Ein Wort noch, Frau Fitzek, zu den HSP-Mitteln; ich will das hier in aller Deutlichkeit klarstellen. Ich wiederhole mich dabei, aber ich tue das gerne. Es gibt kein anderes Land in der Bundesrepublik, das nach Auslaufen des Sonderprogramms derart selbstverständlich und derart großzügig seinen eigenen Anteil fest in den Etat überführt hat. Das, was wir als Hälfte einer anteiligen Finanzierung in den Jahren davor eingebracht haben, ist im Haushalt selbst voll etatisiert. Die durch den Ausfall der Bundesmittel entstehenden Stellenprobleme haben wir über Jahre hinweg zusätzlich noch einmal getragen. Auch dazu waren andere Länder nicht bereit.

(B) Wenn Sie jetzt von positiven Signalen für die Fortsetzung dieses Programms sprechen, dann muß ich sagen: Diese habe ich nicht bekommen. Da habe ich andere Signale, nicht das, was Sie hier vorgetragen haben. Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, auf reine Spekulationen und auf reine Illusionen zu setzen. Man muß dann auch seriös mit einem Haushalt umgehen, auch wenn das schmerzhaft ist, damit jedenfalls diese Größenordnung nicht einen Punkt erreicht, wo man anschließend auch noch kritisieren könnte, so etwas wäre nicht verantwortbar oder verträglich sich nicht mit Prioritätensetzung. Also: Das paßt überhaupt nicht zusammen!

(Beifall des Hans Frey [SPD])

(C) Daß wir uns insofern in der Bewertung unterscheiden, das macht mir jedenfalls keinen Kummer, sondern man sollte es sehr deutlich hier an diesem Ort formulieren. Die Unterschiede beziehen sich auch noch auf einige andere Punkte. Da werden sie sicher auch nicht verschleiert werden. Von Verschleierung halte ich in keinerlei Zusammenhängen etwas, Herr Kuhmichel, und das entgegen dem von Ihnen erweckten Eindruck. Ich bin dafür, daß man die Unterscheide klar auf den Tisch legt, genauso wie man die Gemeinsamkeiten, die Gegenstand politischen Handelns sind, dann auch in die Praxis umsetzt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wir haben damit den **Einzelplan 05** behandelt. Wie verabredet, werden aber zwischen 13 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen vorgenommen, sondern erst nach Abschluß des nächsten Beratungsteils.

Ich rufe dann auf den

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (D)

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3515 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/3580 und 12/3581.

Ich eröffne hiermit die **Beratung** zum Teilbereich

a) Arbeit und Soziales

Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt ist immer auch Anlaß, einige generelle Anmerkungen zur Sozialpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen zu machen. Aus unserer Sicht - das lassen Sie mich bitte als erstes anmerken - ist die einschneidendste und schädlichste Veränderung in der Sozialpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen die Zerschlagung des Mini-

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) stieriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Sommer dieses Jahres gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zuständigkeiten, die früher in einem einzigen Ministerium angesiedelt waren, sind jetzt an drei unterschiedliche Häuser verteilt bzw. angehängt worden an: die Arbeitsgerichtsbarkeit an den Innen- und Justizminister, Arbeit und Soziales an den Bauchladen von Frau Brusis: Stadtentwicklung, Sport, Kultur, Arbeit und Soziales! Man sieht sofort, wie das zusammengehört. Jugend, Familie und Gesundheit ans Frauenministerium, damit das Ministerium überhaupt noch darstellbar ist.

Offensichtlich ist die Kabinettsreform hier nach dem Motto gemacht worden: Wir reißen auseinander, was zusammengehört! Wir knallen zusammen, was überhaupt nicht zusammengehört, nämlich Inneres und Justiz! - Meine Damen und Herren, das, was mit der Neuordnung des Regierungszuschnitts erfolgt ist, ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich, Frau Ministerin, ist es fast schon bemerkenswert, daß wir lesen können, wie historische Verbündete der Sozialdemokratie darüber urteilen: Die ÖTV spricht vom historischen Rückschritt, der VdK von einem Signal der Sozialdemontage. Würde ich noch das vorlesen, was der Kollege Kreutz dazu in einer wirklich hellsichtigen Art und Weise in einem in der "Frankfurter Rundschau" erschienenen Artikel gesagt hat, könnten wir die nächsten zehn Minuten damit gestalten, daß ich den Kollegen Kreutz zitiere.

(Daniel Kreutz [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich will das zwar nicht umfassend tun, aber doch zumindest anhand eines Beispiels. Der Kollege Kreutz sagt, auch bei der Alten- und Behindertenpolitik habe der Ministerpräsident nach dem Leitmotiv "Auseinanderreißen, was zusammengehört!" gehandelt. Zwischen der Altenpolitik und den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen seien künstliche Trennlinien zu Lasten der Betroffenen gezogen worden, so daß künftig - Zitat - "als Krönung des Absurden" in verschiedenen Ministerien über die finanzielle Förderung für ein und dieselbe Einrichtung entschieden werde.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Arentz, darf ich Sie einmal unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kreutz zulassen?

Hermann-Josef Arentz (CDU): Aber selbstverständlich, Herr Präsident.

Daniel Kreutz (GRÜNE): Herr Kollege Arentz, ich wollte Sie fragen, ob Sie sich darüber im klaren sind, daß die positive Bezugnahme auf linksradikale grüne Fundamentalisten leicht karriereschädigend in Ihrer Partei sein kann?

(Beifall der Ingrid Fitzek [GRÜNE])

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Kollege Kreutz, man muß auch Opfer bringen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Beifall der Christiane Bainski [GRÜNE])

Selbst Ihnen passiert es ab und zu, daß Sie einmal etwas Richtiges sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich handele frei nach Nell-Breuning. Der gute alte Oswald von Nell-Breuning hat einmal gesagt: Wenn du einen Gegner richtig wehrlos machen willst, dann mußt du das Körnchen Wahrheit in seinen Argumenten finden und es dir zu eigen machen. - Bei Ihnen war das das Körnchen Wahrheit, Herr Kollege Kreutz. Es ging nicht anders, das mußte zitiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens: Daß die Befürchtungen des Kollegen Kreutz gar nicht so sehr an den Haaren herbeigezogen sind, wird durch die Tatsache belegt, daß die Haushalte der Ministerinnen Brusis und Fischer, die im wesentlichen die Erbmasse des MAGS unter sich aufgeteilt haben, um je 3 bis 4 % reduziert werden, während der Gesamthaushalt um 1,7 % zunimmt. Man stelle sich einmal vor, was für eine Diskussion hier stattgefunden hätte, wenn Helmut Kohl mal in einem Jahr den Gesamthaushalt um 2 % erhöht hätte, den Etat von Norbert Blüm aber um 4 % gekürzt! Sie hätten eine Aktuelle Stunde nach der anderen ge-

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) macht, um das als Beleg für Sozialdemontage heranzuziehen. - Sie müssen sich deshalb schon an den Argumenten messen lassen, die Sie in den letzten 16 Jahren gegenüber der Bundesregierung gebraucht haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Schwerpunkt der Landessozialpolitik muß naturgemäß auch im nächsten Jahr die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Vorgestern haben wir die neuen Zahlen lesen können: In Nordrhein-Westfalen sind mehr als 821 000 Menschen arbeitslos, über 40 % davon Langzeitarbeitslose! Auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist das ein trauriger Rekord, das Ergebnis der Politik dieser Landesregierung.

(B) Frau Ministerin, das, was ich jetzt sage, gilt für Ihren Haushalt und den Ministerpräsidenten: Reden und Handeln stehen in einem unauflösbar diametralen Gegensatz! Wir lesen, daß der Herr Ministerpräsident auf einmal ankündigt, er wolle in Nordrhein-Westfalen ein Bündnis für Arbeit schaffen. Meine Damen und Herren, jahrelang hätte er dafür schon Zeit gehabt. Immer wieder haben wir das am Beispiel des Freistaates Bayern eingefordert, wo das seit Jahren mit Erfolg praktiziert wird. Nun ist im Himmel bekanntlich mehr Freude über einen, der Buße tut, als über 99 Gerechte. Wir werden sehr aufmerksam beobachten und gespannt darauf sein, ob diese Landesregierung jetzt endlich die Kraft aufbringt, in Nordrhein-Westfalen das notwendige Bündnis für Arbeit zu schmieden.

Dann lesen wir in dem gleichen Interview mit Herrn Clement - abgedruckt in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung von gestern -, er wolle einen landeseigenen Versuch mit Kombi-Löhnen starten. - Herzlich eingeladen, Herr Ministerpräsident! Als unsere Fraktion dieses Thema in der Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit" vorgetragen und mit konkreten Modellen belegt hat, gab es aus den Reihen von SPD und GRÜNEN - ausgenommen Kollege Prof. Farthmann - nichts als Bedenkenträgerei, nur Gegenpositionen, keine Unterstützung.

Schauen wir uns den Landeshaushalt an! Frau Ministerin, Sie haben dazu wie alle Ihre Vorgänger - auch bei der Einbringung im Ausschuß - ausgeführt, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt Ihrer Politik stehe. Erklären

(C) Sie bitte heute einmal dem Landtag und den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne: Warum müssen wir bei den Barmitteln für die zielgruppenorientierte Arbeitsmarktpolitik eine Kürzung um 20 % von 1998 auf 1999 erleben? Im nächsten Jahr stehen für zielgruppenorientierte Arbeitsmarktpolitik ganze 345 Millionen DM als Baransatz zur Verfügung, 20 % weniger als dieses Jahr und nur 0,4 % des gesamten Landeshaushaltes.

Wer eine Aufgabe so sehr zur wichtigsten und damit zur Schwerpunktaufgabe erklärt, aber nur lächerliche 0,4 % des Haushalts dafür über hat, betrügt die Arbeitslosen, handelt unseriös bis zum Geht-nicht-Mehr.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, ein besonderes Trauerspiel ist das Kapitel "Arbeit statt Sozialhilfe". Nicht wir haben die Protestbriefe geschrieben. Nein, das waren die Arbeiterwohlfahrt, die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände! Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege teilt uns mit: 40 % der Leute, die in eine solche Maßnahme kommen, haben im Anschluß daran einen Arbeitsplatz auf den ersten Arbeitsmarkt gefunden. 40 %! Eine tolle Erfolgsquote, wenn man weiß, wie schwierig die Lebensläufe der Menschen teilweise sind, die in solche Programme kommen. Was machen Sie, anstatt diese 40 % zu ermutigen? Sie kürzen den Haushaltsansatz um 40 %! Das war nun überhaupt nicht im Sinne des Erfinders, sondern ausgesprochen kontraproduktiv. Sie geben den Langzeitarbeitslosen Steine statt Brot und halten schöne Reden dazu. Den Menschen ist damit überhaupt nicht geholfen.

Was Sie in den letzten Wochen abgezogen haben, Frau Ministerin, war wirklich bemerkenswert. Erst kündigen Sie eine Kürzung um 40 % an, mit der Folge, daß die für dieses Jahr vorgesehenen Maßnahmen "Arbeit statt Sozialhilfe" in allen Städten und Kreisen des Landes halbiert werden mußten. Dann kratzen Sie ein paar Haushaltsreste zusammen, so daß die Hälfte der gekürzten Hälfte doch noch gemacht werden kann. Es bleibt also bei den Maßnahmen ein reales Defizit von 25 %. Und das verkünden Sie in einer Presseerklärung als Anhebung der Mittel für das erfolgreiche Programm "Arbeit statt Sozialhilfe". Das ist keine Anhebung der Mittel, sondern immer noch eine Kürzung um 25 %. Wer in seinen Presseklärungen

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) gen so mit der Wahrheit umgeht, hat offensichtlich ein unglaublich schlechtes Gewissen.

Nächster Punkt! Sie haben jetzt im Antrag der Koalitionsfraktionen zu diesem Punkt ein paar Millionen draufgelegt, kommen aber lange nicht an die 88 Millionen DM heran, die in diesem Jahr vorgesehen waren, sondern Sie wollen auf 65 Millionen DM gehen. Das Minus beträgt also 23 Millionen DM. Aber bei den Verpflichtungsermächtigungen haben Sie einen Riesenbatzen draufgelegt. Warum denn wohl? Sie legen einen Riesenbatzen drauf, um im Wahlkampfjahr 2000 sagen zu können: Wir können die Maßnahmen wieder ausweiten.

Das ist nichts als Wahlkampf, aber im Grunde ist es eine elende Stop- and-go-, eine Hü-und-hott-Politik am Arbeitsmarkt. Sie machen die Träger kaputt; Sie machen die Maßnahmen kaputt. Es ist Ihnen alles egal, wenn Sie nur im Wahlkampfjahr mit ein paar schönen Zahlen aufwarten können. Mit einer seriösen Arbeitsmarktpolitik hat diese Haushaltsgestaltung überhaupt nichts zu tun.

Wenn wir uns um die Gruppen am Arbeitsmarkt kümmern, die besondere Probleme haben, müssen wir uns beispielsweise auch fragen, warum der Herr Ministerpräsident dieses Landes in Verbindung mit seinen Amtskollegen gefordert hat, die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen wieder zu beseitigen, damit er die Steuerausfälle für diese "Mißgeburt" der neuen 620-DM-Regelung wenigstens teilweise wieder hereinholen kann.

(B) Wer die steuerliche Absetzbarkeit der Haushaltshilfen wieder abschafft, macht alle Überlegungen zu Dienstleistungspools kaputt und vor allen Dingen die Absicht zunichte, Frauen in sozial abgesicherten Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen, anstatt sie ungesichert mit 620-DM-Jobs oder - noch schlimmer! - in Schwarzarbeit schufteten zu lassen. Was Sie an dieser Stelle vorhaben, ist zutiefst frauen- und arbeitsplatzfeindlich.

Lassen Sie mich noch kurz auf zwei Punkte hinweisen, weil meine Redezeit zu Ende geht:

Erstens - Hilfe für Obdachlose. Die Ministerin hat sich gerühmt, daß sie 4 Millionen DM für Obdachlose zur Verfügung stellt. Das war übrigens ein Haushaltsansatz, den wir seit Jahren gefor-

dert und den wir anschließend im Jahre 1995 in den Haushalt eingebracht haben. (C)

(Zuruf des Daniel Kreutz [GRÜNE])

- Herr Kollege Kreutz, ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, daß es einen Vermerk des zuständigen Ministeriums vom August 1996 folgenden Inhalts gibt: Die Hilfe für Obdachlose in Höhe von 4 Millionen DM wird aufgrund der Haushaltssperre sozusagen voll als Einsparvolumen zur Verfügung gestellt. Davon ist kein Pfennig abgeflossen. Sie reden davon, daß Obdachlose 4 Millionen DM bekämen. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um die Reservesparkasse der Ministerin, damit andere Hilfen nicht gekürzt werden müssen. Aus dieser Position ist also tatsächlich keine Hilfe geflossen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Arentz, darf ich Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen?

Hermann-Josef Arentz (CDU): Jawohl, Herr Präsident, ich komme mit zwei Sätzen zum letzten Thema "Stiftung Wohlfahrtspflege". Wir erkennen an und sind dankbar, daß die Koalitionsfraktionen unserem Antrag gefolgt sind, hier nicht weiter zu kürzen, (D)

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

aber ich sage auch folgendes: Es ist eine unglaubliche sozialpolitische Missetat, daß diese Ministerin uns einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat, in dem neben allen Kürzungen, die die Stiftung Wohlfahrtspflege in den letzten Jahren erleiden mußte - 140 Millionen DM kommen bei den Spielbanken herein -, auch die vorgesehenen 50 Millionen DM noch einmal um 11 Millionen DM gekürzt werden sollten. Sie greifen so ungeniert in die Erträge der Spielbanken und in das Spielbankengesetz ein, daß man sagen muß: Eine Zockerbude ist gegenüber der Art und Weise, wie hier der Haushalt aufgestellt worden ist, eine seriöse Veranstaltung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Kollegen Vöge das Wort.

Horst Vöge (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines habe ich aus den Haushaltsreden von Herrn Arentz in den letzten Jahren lernen dürfen, es kommen drei Worte vor: unglaublich, unerträglich und Mißstand. Das wiederholt sich, und fast kommt dabei schon Langeweile auf.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist auch so!)

Im übrigen wäre ich dankbar gewesen, wenn Kollege Arentz in früheren Zeiten, die noch nicht allzu lange her sind, die gleiche Rede Richtung Bonn - sie wäre wahrscheinlich gut angekommen - oder nach dem dramatischen Verlust bei den Bundestagswahlen beim Bundesausschuß der CDA gehalten hätte. Da sprach er von mangelndem sozialpolitischen Profil und - ich interpretiere - von dem mangelnden sozialpolitischen Gesicht der SPD. Entschuldigung, der CDU.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was denn nun? Das war ein Freudscher Versprecher!)

(B) Sie haben, verehrter Herr Kollege Arentz, ausdrücklich gegenüber Ihren Kollegen herausgestellt, daß das ein tiefgreifender Mangel war, der mit verursacht hat, daß die CDU/CSU-geführte Bundesregierung nicht wahlfähig war.

(Beifall bei der SPD)

Die präventive Arbeitsmarktpolitik - so stelle ich fest - ist weiterhin wichtigster Schwerpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dem Bund konnte man in der Vergangenheit diesen deutlichen Schwerpunkt nun einmal nicht unterstellen. Um so mehr begrüßen wir die heutige Ankündigung von Arbeitsminister Walter Rister, 4 Milliarden DM mehr für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen. Neu in diesem 41 Milliarden-Programm ist das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, das Jugendlichen zur Ausbildung und Beschäftigung verhelfen soll.

Das ist ein gutes Signal, das wir in der Vergangenheit seitens der Bundesregierung vermißt haben. Wir sind froh, daß solche arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Signale in Zukunft häufiger zu

erwarten sind. Das hilft und entlastet uns hier im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Ein gutes Signal war auch die Aufnahme der Gespräche in Bonn für ein Bündnis für Arbeit, das die Bundesregierung damals nicht zustande gebracht hat. Die verlaute gute Gesprächsatmosphäre bereitet Hoffnung. Seitens der SPD-Fraktion begrüßen wir ausdrücklich die Absicht des Ministerpräsidenten, in Nordrhein-Westfalen ein Bündnis für Arbeit zu schmieden.

Ähnlich wie der Ministerpräsident ist auch die SPD in Nordrhein-Westfalen daran interessiert, einen Versuch mit Kombilöhnen einzuleiten. Und gestatten Sie mir, Herr Kollege Arentz, weil ich bei diesem Punkt in der Enquete-Kommission mit dabei war, darauf hinzuweisen: Die Bedenken von Grün-Rot in dieser Frage waren keine Bedenken derart, daß wir uns als Bedenkenträger aufgespielt hätten. Aber es sei doch gestattet, daß wir Schwachpunkte in der Argumentation aufzeigen. Und es gab sehr viele Schwachpunkte, gerade in diesem Modell. Trotzdem ist es ein interessantes Modell, über das wir uns im Landtag oder im Ausschuß unterhalten müssen.

Ebenso unterstützen wir die Schwerpunkte der Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik. Da will ich benennen: arbeitnehmerorientierte Modernisierung, sozialverträgliche Flankierung des Strukturwandels und Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Der Modernisierungsprozeß in Nordrhein-Westfalen hat große Fortschritte gemacht. Der Arbeitsmarkt wird heute durch moderne Industrien und Dienstleistungen geprägt. Zu diesem fortschreitenden Modernisierungsprozeß gehört allerdings, daß wir uns auch in Zukunft darauf einstellen müssen, weiterhin in größerem Umfang Arbeitsplätze zu verlieren.

Die Arbeitslosenzahlen sind zwar rückläufig, auch in Nordrhein-Westfalen stark rückläufig. Es müssen noch gewaltige Anstrengungen unternommen werden. Unser Schwerpunkt ist dabei die zielgruppenbezogene Arbeitsmarktpolitik, die neben der Förderung von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen auch die Zielgruppen der Behinderten, Migranten und Berufsrückkehrerinnen umfaßt. Allein das Programm "Jugend in Arbeit" wird mit einem Volumen von 75 Millionen DM unterstützt.

(C)

(D)

(Horst Vöge [SPD])

(A) Nicht unterstützen kann dagegen die SPD-Fraktion die Kürzungsabsicht der Landesregierung bei "Arbeit statt Sozialhilfe". Dieses Programm ist erfolgreich, dieses Programm wird akzeptiert. Die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt ist nicht 40 %, sondern 30 %, Herr Arentz. Die Abbrecherquote liegt unter 10 %. Wir beantragen deshalb die Erhöhung des Baransatzes um 4,3 Millionen DM und die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 27 Millionen DM. Das macht aktuell für das Jahr 1999 2 850 Stellen aus. Wir tun das, weil wir wissen, daß etwa 15 % der jugendlichen Langzeitarbeitslosen, die bisher in dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" erfaßt wurden, von dem Programm "Jugend in Arbeit" erfaßt werden können.

Wir sagen weiter: Wenn im Jahre 1999 Haushaltsreste in diesem Arbeitsmarktbereich vorhanden sind, verlangen wir die Aufstockung auf 3 300 Stellen. Zusätzlich werden wir die Ausgestaltung des Programms diskutieren.

(B) Die geplante Kürzung bei der Stiftung Wohlfahrtspflege von 50 Millionen DM auf 39 Millionen DM hält die SPD-Fraktion aus sozialpolitischer Sicht für einen Fehler, der korrigiert werden muß. Wir korrigieren ihn. Die bisherige Förderpraxis der Stiftung beweist, daß die Stiftung in der Altenhilfe und in der Behindertenhilfe inzwischen unverzichtbar geworden ist. Fortschritte in diesen Bereichen sind häufig auf die Förderung von Modellvorhaben durch die Stiftung zurückzuführen, die dank ihres vergleichsweise unkomplizierten Fördermodus auf innovative Strömungen schnell reagieren kann.

Die SPD-Fraktion ist weiterhin der Auffassung, daß den Trägern der Sozialhilfe nicht die Hauptlast der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgebürdet werden darf. Wirkungszusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und steigenden Ausgaben in der Sozialhilfe sind vorhanden und bekannt. Wir unterstützen ausdrücklich das Handlungskonzept der Landesregierung - wir haben es auch hier im Parlament diskutiert -: Überwindung und Vermeidung der Sozialbedürftigkeit durch Hilfe zur Arbeit nach BSHG und damit verbundene Modelle. Wir sind gespannt auf die Evaluierung dieser Modelle und sagen ausdrücklich: Das langfristige Ziel - und da sind wir wohl in unseren Meinungen sehr nahe - muß die Zusammenführung der Systeme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sein. Dies wird auch eine Diskussion der

Zukunft sein. Sie muß geführt werden, und hier muß auch der Bund zeitnäher mitdiskutieren. (C)

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Mit der Pflegepolitik leistet das Land unverzichtbare Beiträge zum weiteren Ausbau einer leistungsfähigen, bedarfsgerechten und wirtschaftlichen pflegerischen Infrastruktur für alle Pflegebedürftigen. Wir unterstützen die Politik der Landesregierung, auch im kommenden Jahr gezielt Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Hilfen auf der örtlichen Ebene bereitzustellen. Konkret bedeutet das die Weiterentwicklung und Erprobung neuer Wohnformen, die Wohnraumberatung und Wohnraumanpassung, hauswirtschaftliche Hilfen sowie die zeitintensive Versorgung von Schwerstpflegebedürftigen und ihren Angehörigen. 80 % der Leistungen der häuslichen Pflege werden von nichtprofessionellen Helferinnen und Helfern ausgeführt. Die Rahmenbedingungen für dieses bestehende große soziale Engagement, ohne das unsere Pflegelandschaft nicht denkbar wäre, müssen weiter verbessert werden.

(D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich bei der Einlassung und den Vorschlägen der CDU - das sei hier am Rande noch bemerkt - nicht verstehen kann: daß die CDU einerseits Wohltaten quer durch den gesamten Haushalt fordert und andererseits zur Deckung 800 Millionen DM globale Minderausgaben fordert. Ich halte das schon für einen recht merkwürdigen Vorgang. Ebenso halte ich es für etwas seltsam, zusätzlich die 800 Millionen DM WestLB gegenzurechnen. Ich halte dieses Angebot insgesamt für unseriös.

(Zurufe von der CDU)

Zum Abschluß stelle ich für die SPD-Fraktion fest: Der mit den Ergänzungen vorliegende Haushalt 1999 ist am Beispiel des Einzelplans 15 ein Beleg dafür, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer aktiven und intelligenten Arbeitsmarktpolitik sowie die soziale Gestaltung unseres Landes in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin eine hohe Priorität genießt. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Vöge. - Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Kreutz.

(A) **Daniel Kreutz (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies sind die ersten Haushaltsberatungen in Nordrhein-Westfalen in der Ära nach Kohl. 16 Jahre lang gehörte das Ohr der Bundesregierung den Arbeitgebern und den Gutbetuchten. Die Wählerinnen und Wähler, die die Regierung der sozialen Kälte abgewählt haben, weil sie sich nicht abfinden wollen mit Massenarbeitslosigkeit, mit der Spaltung in Arm und Reich, mit der Abdrängung von Frauen in zweit- und drittklassige Jobs, mit der stückweisen Schleifung des Sozialstaats, mit den Gefahren, die daraus der Demokratie erwachsen,

(Zurufe von der CDU)

diese Wählerschaft erwartet, daß die neue Mehrheit im Bund ihren Worten von gestern Taten folgen läßt.

(Zurufe von der CDU)

Statt dessen herrscht gegenwärtig weithin Erschütterung über das, was Herr Schröder zu den 620-DM-Jobs vorgetragen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

(B) Es herrscht Empörung darüber, daß die Herren Clement und Steinbrück gegen Oskar Lafontaine Front machten, um auf der Linie der abgewählten Regierung den Arbeitgebern neue Entlastungen zu besorgen. Es verbreitet sich - das kommt langsam - Fassungslosigkeit darüber, daß eine Bundesregierung, von der man ein klares Mehr an sozialer Gerechtigkeit erwartet, unter der Überschrift "Ökosteuern" beabsichtigt, Kostensenkungen für energiefressende Unternehmen aus den Taschen der kleinen Leute und per Belastung umweltverträglicher Produkte zu finanzieren. Das wäre nicht nur anti-ökologisch, sondern auch unsozial. Nötig ist das Gegenteil:

(Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Verteilungsgerechtigkeit durchzusetzen, das Verfassungsgebot von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ernst zu nehmen, das Wachstum des privaten Reichtums zu begrenzen, um der Armut zu begegnen und den Sozialstaat finanziell lebensfähig zu halten - zu einer Zeit, da er gefordert ist wie nie zuvor. Dies ist auch entscheidend dafür, daß wir in Nordrhein-Westfalen sozialstaatliche Gestaltungsfähigkeit zurückgewinnen können, meine Damen und Herren.

(C) Statt dessen hat Herr Schröders 620-Mark-Regelung zunächst und nicht zuletzt eine neue Bedrohung für die Landesfinanzen heraufbeschworen. Während der frauen- und arbeitsmarktpolitische Skandal beim alten bliebe, träte noch ein neuer hinzu: der Bruch mit dem Prinzip der Sozialversicherung, daß Beitragszahlungen Leistungsansprüche gegenüberzustehen haben.

Wie die zufriedenen Reaktionen des Arbeitgeberlagers zeigten, hätte so ein Unfug gut zur alten Regierung gepaßt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nie! Nie!)

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, daß sich dieser Landtag in der Vergangenheit wiederholt kritisch mit geringfügiger Beschäftigung auseinandergesetzt und Beschlüsse gefaßt hat. Deshalb erwarten wir, daß sich die Landesregierung mit Nachdruck für Regelungen einsetzt, die der diesbezüglichen Botschaft unseres Koalitionsvertrags in Bonn umfassend Rechnung tragen. Wir werden uns darum bemühen, daß sich der Landtag zu diesem Thema noch während des Gesetzgebungsverfahrens klar äußert.

(Brigitte Speth [SPD]: Was heißt das denn?)

(D) Im Unterschied zum Wirken unseres Ministerpräsidenten hat dergleichen nichts mit Opposition gegen unsere Bundesregierung zu tun. Es geht darum, sie zum versprochenen Politikwechsel zu ermutigen und ihr zu helfen, den Kurs darauf zu finden.

(Zuruf von der SPD: Hilfsangebote werden manchmal auch ausgeschlagen!)

Ich gebe zu, daß viele gehofft haben, der Ermutigungsbedarf möge weniger groß ausfallen.

Meine Damen und Herren! Wir beraten die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik des Landes erstmals nicht mehr im Einzelplan 07, sondern im Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Gemischtwarenladen!)

Auch ich halte - das ist bekannt - die Liquidierung des alten MAGS, des traditionsreichen Sozialstaats-Ministeriums nach wie vor für falsch.

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) Herr Arentz hat mich da schon ausreichend zitiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich durchschaue bis heute noch nicht die Zuständigkeiten in der alten Politik und anderswo.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist nicht das einzige, was Sie nicht durchschauen!)

Aber vielleicht braucht man dafür auch einen Hochschulabschluß in Verwaltungsrecht. Das mag ja sein.

Die landespolitische Entwicklung seit Juni hat meine Sorge nicht entkräftet, daß die Landesregierung jetzt noch stärker auf einen neoliberalen Kurs einschwenkt.

(B) Es wurde uns ein Haushaltsentwurf vorgelegt, der die Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik, und zwar ohne EU-Zuweisungen, um rund 63 Millionen DM bar und 62 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen kürzte. Unter Berücksichtigung der Anträge der Koalitionsfraktionen wird unsere aktive Arbeitsmarktpolitik um 54 Millionen DM bar und 35 Millionen DM VE schrumpfen. Damit landen wir deutlich unter dem Ansatz des ersten rot-grünen Haushalts. Schon das steht im Kontrast zu den Bekundungen über die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit als oberste Priorität der Landespolitik.

Angesichts der allgemeinen Haushaltslage haben wir uns aber nicht verheben wollen bei dem Versuch, die Arbeitsmarktpolitik insgesamt wieder auf Vorjahresniveau zu bringen. Wir haben uns pragmatisch darauf konzentriert, wichtige Landesprogramme, nämlich das Wiedereingliederungsprogramm für Frauen und ein neues Programm "Soziale Wirtschaftsbetriebe" und "Arbeit statt Sozialhilfe" vor Einschnitten zu schützen.

Natürlich freut es uns, meine Damen und Herren, daß wir beim Wiedereingliederungsprogramm die 20-%-Kürzung verhindern konnten. In den beiden anderen Fällen ist unsere Begeisterung doch sehr gedämpft. Soziale Wirtschaftsbetriebe sind, auch ausweislich des Zwischenberichts der wissenschaftlichen Begleitung, sehr vielversprechend gestartet. Wir fördern bereits über 200 reguläre Arbeitsverhältnisse von früher überwiegend Langzeiterwerbslosen. An der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der mehr als 20 Betriebe sollte sich Herr

(C) Steinbrück einmal ein Beispiel nehmen für seine Existenzgründungsförderung -

(Brigitte Speth [SPD]: Er ist gerade erst da!)

auch zur Entlastung der Insolvenzberatung. Der Antrag der CDU, hier auf Null zu kürzen, ist rechtswidrig und offenbart das erbärmliche Niveau seiner Urheber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Haushaltsentwurf senkte nun das veranschlagte Teilbewilligungsvolumen für soziale Wirtschaftsbetriebe um ein Fünftel und kürzte neben den Barmitteln auch die Verpflichtungsermächtigungen um drei Viertel. Unser Ziel war selbstverständlich, die im Haushalt 1998 ausgewiesene Programmentwicklung zu halten. Dafür war auch und gerade Bewegung bei der Verpflichtungsermächtigung nötig, denn jede Erstbewilligung läuft über drei Jahre und soll einen Folgeanspruch für weitere zwei Jahre nach sich ziehen. Ohne entsprechende VE sind zusätzliche Barmittel nutzlos. Aber leider war die SPD nur bei den Barmitteln bewegungsfähig.

(D) Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird weitergeführt und ausgebaut, sagt der Koalitionsvertrag. Aber der Haushaltsentwurf sagte: Kürzung auf die Hälfte.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: So sind sie!)

Das war, mit Verlaub, grob vertragswidrig, hatte aber sofortige Wirkung. Denn weil im Entwurf kein Geld mehr war, mußte die Arbeitsministerin im Herbst 1 650 Stellen aus diesem Jahr sperren. Wir konnten zwar die Nachbewilligung von 850 Stellen erreichen, aber 800 sind pfutsch. Auf Kosten erwerbsloser Sozialhilfeberechtigter spart das Land so schon einmal 10 Millionen DM im nächsten und 8 Millionen DM im übernächsten Jahr.

Jetzt bringen die Koalitionsfraktionen die Barmittel wieder auf die Höhe für ungekürzte 3 300 neue Stellen im Jahr 1999. Nur, die VE reichen nach dem Veranschlagungsmodus der Fachabteilung nur für 2 850 Bewilligungen. Kollege Vöge hat das vorhin auch gesagt.

Die Botschaft der Haushaltszahlen ist - wenn ich das richtig verstanden habe, sind wir hier für die-

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

- (A) se Zahlen verantwortlich -: Kürzung von "Arbeit statt Sozialhilfe" um 450 Stellen. Herr Kollege Vöge! Der völlig irreführende Verweis auf "Jugend in Arbeit" hilft da keinen Millimeter weiter.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Die Neigung meiner Fraktion, sich damit abzufinden, wurde durch die erstaunliche Zusage unserer Ministerin beflügelt, bei ASH und sozialen Wirtschaftsbetrieben die reguläre und bisher geplante Programmentwicklung trotz der unzureichenden Bewilligungsmöglichkeiten stattfinden zu lassen. Da hat sich meine Fraktion pragmatisch gedacht: Was sollen wir uns parlamentarisch wie die Kesselflicker streiten, wenn die Regierung das schon regelt! Solange das Ergebnis für die Betroffenen stimmt, kann es doch egal sein, wie die Regierung das macht.

Meine ganz persönliche bange Frage ist da allerdings: Wenn der Koalitionsvertrag für ASH weiterhin gilt und wenn auch die SPD dem Ausbau sozialer Betriebe nach bisheriger Planung nicht widersprechen möchte, sind wir dann nicht als Haushaltsgesetzgeber gefordert, verpflichtet geradezu, der Regierung die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen zu geben? Und wenn Konsens in der Sache bestünde, dann wäre das auch finanzpolitisch "null problema".

(B)

Ich komme mir als Abgeordneter veralbert vor, wenn ich mich in den Haushaltsberatungen noch um 200 000 DM VE sorgen muß, um hinterher zu erfahren, daß da irgendwo etwas in zweifeliger Millionenhöhe herumliegt. Allerdings, ob da etwas herumliegt, ist auch nur eine Vermutung; denn was unsere geschätzte Ministerin tatsächlich machen will, weiß keiner, also ich jedenfalls nicht. Vielleicht gibt es ja Insider.

Mein schlichtes linksradikales Fundi-Gemüt findet das weder von vorne noch von hinten akzeptabel.

(Heiterkeit)

Auch wenn wir die Botschaft aus dem Ministerium hörten, meine Damen und Herren, man käme mit der Kürzung bei den Behindertenwerkstätten irgendwie klar, hätten wir sie selbstverständlich gerne vermieden. Dafür hatte das Ergebnis der Koalitionsberatungen bei den gegebenen Prioritäten leider nicht genug Masse, obwohl an Deckungsvorschlägen kein Mangel war.

In Sachen "Stiftung Wohlfahrtspflege" schließe ich mich den Worten meines verehrten Stiftungsratsvorsitzenden Kollegen Vöge voll inhaltlich an.

Die Wohnungslosenhilfe, Herr Arentz, wurde übrigens von uns GRÜNEN in den Haushalt gebracht, und die Landesregierung hat ihre anfängliche Zurückhaltung demgegenüber längst überwunden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Na!)

Wir sind erleichtert, daß die Förderung der kompletären ambulanten Dienste fürs nächste Jahr gesichert ist. Hier kann sich übrigens die Bundesregierung auch Verdienste erwerben, indem sie den Stuhl, der dieser tragenden Säule für den Pflegebereich vor die Tür gesetzt wurde, endlich in die Sozialversicherung hineinholzt, wo es hingehört.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zu den Bereichen Arbeit und Soziales und gemäß Beschluß meiner Fraktion um Zustimmung zum Einzelplan 15 in dieser Hinsicht.

Im übrigen bitte ich um Nachsicht, daß der Abgeordnete Kreutz dieser Bitte wegen der Vorgänge in der Arbeitsmarktpolitik nicht zu folgen vermag.
- Ich danke Ihnen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE], Marianne Hürten [GRÜNE] und Ingrid Fitzek [GRÜNE])

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Kreutz. - Das Wort hat Frau Ministerin Brusis. Bitte schön.

Ilse Brusis^{*)}, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Kreutz, ich habe mich gerade gefragt, ob ich mich mit ihrer linksradikalen Fundamentalität auseinandersetzen soll,

(Oliver Wittke [CDU]: Wie wird denn mit dem Koalitionspartner umgegangen?)

aber da wir hier nicht im Deutschen Bundestag sind, brauchen wir auch nicht über die 620-DM-Arbeitsplätze, jedenfalls nicht im Zusammenhang mit dem Haushalt des Landes zu diskutieren. Über die anderen Fragen, denke ich, können wir auch noch an anderer Stelle reden.

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit steht auch 1999 im Mittelpunkt der Arbeit der Landesregierung. 821 820 Arbeitslose im November in Nordrhein-Westfalen - das bedeutet einen leichten, im wesentlichen saisonbedingten Anstieg gegenüber Oktober, aber positiv ist ein Minus von über 43 000 gegenüber dem Vorjahr.

Allerdings sprechen eine deutliche Ausprägung der Langzeitarbeitslosigkeit mit über 40 % aller Arbeitslosen, anhaltende Strukturveränderungen in bestimmten Branchen und Regionen sowie kontinuierliche Rationalisierungs- und Reorganisationsprozesse in den Betrieben deutlich für die Notwendigkeit eines Bündnisses für Arbeit.

Das erste Treffen, das in Bonn stattgefunden hat, macht Mut. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Bundesregierung scheinen entschlossen, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen auf das Miteinander zu setzen, auch wenn in den nächsten Monaten noch einige Hürden zu meistern sind. Entscheidend ist, daß in dieser zentralen Frage der Konsens gesucht wird. Ich denke, wir in Nordrhein-Westfalen haben mit diesem Miteinander gute Erfahrungen gemacht. Unser Programm "Jugend in Arbeit" ist bereits ein Bündnis für Arbeit in einem Teilsegment des Arbeitsmarktes. An diesem Programm beteiligen sich alle, die zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme beitragen können: Kommunen, Gewerkschaften, Arbeitsämter, Land Nordrhein-Westfalen, Arbeitgeber, Kammern.

(B) Mit dem Projekt "Jugend in Arbeit" ist vorgesehen, langzeitarbeitslose Jugendliche individuell zu beraten, sie an einen Beruf heranzuführen und so einen stabilen Verbleib in den Betrieben zu erreichen. Derzeit haben wir mit diesem Programm rund 7 000 Jugendliche erreicht, von denen ca. ein Drittel Sozialhilfe bezieht, das heißt, Herr Kollege Vöge hat recht, wenn er sagt, die müssen wir natürlich eigentlich zum Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" hinzuziehen; denn sie waren früher in diesem Programm und sind jetzt im Programm "Jugend in Arbeit". Hiermit haben wir uns ganz bewußt einer sehr schwierigen Problemgruppe am Arbeitsmarkt genähert, die auch in besonderer Weise unserer Hilfe bedarf, wenn sie nicht zeitlebens in Abhängigkeit von sozialen Sicherungssystem leben soll.

Auch der in Nordrhein-Westfalen praktizierte Weg der präventiven Arbeitsmarktpolitik, für den wir in

1999 rund 180 Millionen DM zur Verfügung stellen, hat sich sowohl für den Arbeitsmarkt als auch wirtschaftlich als außerordentlich erfolgreich herausgestellt. Unser Programm findet breite Anerkennung in der Wirtschaft wie auch bei Gewerkschaften. Gemeinsam mit Beschäftigten und Betriebsleitungen werden intelligente Organisationsabläufe, Arbeitszeitmodelle, neue Hierarchieförmern im Betrieb, modernste Technologie und Qualifizierungsbausteine für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entwickelt.

Zu unserer Modernisierungsstrategie gehört auch ein moderner Arbeitsschutz. Aktiv betriebener Arbeitsschutz fördert die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, hilft Krankenstände und Ausfallzeiten zu verringern und entlastet so auch unsere sozialen Sicherungssysteme. Unsere Arbeitsschutzverwaltung hat sich inzwischen zu einer modernen Dienstleistungsbehörde, die Hilfe zur Selbsthilfe anbietet, entwickelt.

Im Interesse von Betrieben und Beschäftigten liegt auch unsere Landesinitiative "Moderne Arbeitszeiten". Gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien zeigt sie, daß mit Intelligenz und Phantasie über sinnvolle Arbeitszeitregelungen Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden kann und neue Optionen für flexiblere passendere Arbeitszeitgestaltungen entwickelt werden.

Wir müssen aber auch 1999 mit dem Verlust von Arbeitsplätzen insbesondere in der Kohle- und Stahlindustrie rechnen. Hier setzen wir auf Qualifizierung, Beschäftigungshilfen, Erschließung neuer Arbeitsplatzperspektiven. Die aktive strukturorientierte Arbeitsmarktpolitik des Landes will aber auch helfen, die Strukturbrüche insgesamt zu überwinden. Deshalb werden wir weiterhin im Interesse der Gesellschaft liegende Projekte wie zum Beispiel Stadterneuerungsprojekte mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose Menschen kombinieren.

Für die sogenannten strukturorientierten Arbeitsmarktprogramme des Landes stellen wir insgesamt rund 500 Millionen DM zur Verfügung. In den Arbeitsmarktprogrammen Aqua und Quazi liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei den Teilnehmern mittlerweile bei über 40%.

Mit unterschiedlichen Arbeitsmarktprogrammen stützen wir also das Anliegen des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe". Wir werden bei diesem Programm weitgehend Kontinuität wahren und es

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) auf hohem Niveau fortführen. Insgesamt setzen wir für zielgruppenbezogene Arbeitsmarktpolitik, die auch Behinderte, Migranten und Berufsrückkehrerinnen einbezieht, rund 592 Millionen DM ein.

Lassen Sie mich an zwei Beispielen verdeutlichen, wie wir unserer Verantwortung der sozialen Gestaltung des Landes gerecht werden.

Mit unserer Pflegepolitik leisten wir unverzichtbare Beiträge zum weiteren Ausbau einer leistungsfähigen, bedarfsgerechten und wirtschaftlichen pflegerischen Infrastruktur für alle Pflegebedürftigen. Zu den Förderschwerpunkten zählen zum Beispiel die Weiterentwicklung neuer Wohnformen, Wohnraumberatung und Wohnraumanpassung, hauswirtschaftliche Hilfen und die zeitintensive Versorgung von Schwerstpflegebedürftigen und ihren Angehörigen.

Zusätzlich wollen wir Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Projekten der modellartigen Erprobung innovativer Elemente in der häuslichen Versorgung pflegebedürftiger Menschen sowie zur Unterstützung und Entlastung ihrer Angehörigen einsetzen. Mit diesen Maßnahmen unterstützen wir die Kommunen auch im kommenden Jahr bei der Erfüllung ihrer Pflichten, wobei klar ist: Nach dem Landespflegegesetz liegt die grundsätzliche Verantwortung für die komplementären Dienste sowie für die teilstationäre und stationäre Pflege bei der kommunalen Seite.

(B) Das Land stellt seit dem 1. Juli 1996 - befristet auf drei Jahre - jährlich 140 Millionen DM für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur zur Verfügung. Obwohl der Dreijahreszeitraum des Investitionsprogramms zum 30. Juni 1999 ausläuft, werden im Jahr 1999 für Neubewilligungen von Pflegeplätzen über das Landesprogramm noch einmal 87 Millionen DM zur Verfügung gestellt, zur Weiterfinanzierung bereits bewilligter Projekte stehen darüber hinaus 105 Millionen DM Barmittel im Landeshaushalt zur Verfügung.

Über das Landesinvestitionsprogramm sind bislang rund 7000 Plätze gefördert worden. Das Angebot an Tagespflegeplätzen konnte in dieser Zeit um ca. 1100 Plätze auf 2800 Plätze insgesamt erhöht werden. Bei der Kurzzeitpflege konnte es um 2900 Plätze auf 5000 Plätze erhöht werden. Bei der Schaffung von kombinierten Angeboten sind weitere rund 3000 Plätze in der

vollstationären pflegerischen Versorgung geschaffen worden.

Wir gehen davon aus, daß damit von einzelnen regionalen Besonderheiten abgesehen, die Bedarfsdeckung in Nordrhein-Westfalen fast erreicht ist.

Mit all diesen Maßnahmen konnte nicht nur die pflegerische Infrastruktur in den Städten und Gemeinden unseres Landes vorangebracht werden, über diesen Weg wurden zudem maßgebliche Impulse für den örtlichen Arbeitsmarkt und damit auch für die Stadtentwicklungsprozesse in den jeweiligen Gemeinden gesetzt.

Mit dem Aktionsprogramm zur sozialen Integration von Menschen mit Behinderungen "Mit gleichen Chancen leben" hat die Landesregierung ein neues Handlungskonzept erarbeitet, das sich stärker als bisher an dem Selbstbestimmungsrecht behinderter Menschen orientiert. Die durch die ganzheitliche, alle Lebensbereiche und alle Altersgruppen erfassende, an einheitlichen Leitbildern orientierte Bearbeitung der Themen entstehenden Synergieeffekte ermöglichen es zum Beispiel, in bereits vorhandenen Programmen neue Schwerpunkte zu setzen und durch Umschichtungen notwendige Weiterentwicklungen in Angriff zu nehmen.

Ich freue mich, daß auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung für den Bereich der Behindertenpolitik im wesentlichen eine Beibehaltung der Förderbeträge erreicht werden konnte.

Ich freue mich außerdem, daß die Verminderung des Mittelansatzes bei der Stiftung Wohlfahrtspflege um 11 Millionen DM für 1999 vermieden werden konnte. In der Bewertung der Arbeit der Stiftung Wohlfahrtspflege waren sich im Rahmen der Haushaltsberatung alle drei Landtagsfraktionen einig. Mit der Überrollung des Ansatzes von 50 Millionen DM wird es möglich sein, daß die Stiftung mit Projekten und Innovationen im Bereich der freien Wohlfahrtspflege ihrer Garantstellung für strukturelle Erneuerungen in der Behinderten- und Altenhilfe auch weiterhin gerecht wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Brusis.

(C)

(D)

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) Das war die erste Abteilung zum Einzelplan 15. Weitere Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor.

Dann rufe ich auf:

b) Migration

Das Wort hat der Kollege Wittke für die CDU-Fraktion.

Oliver Wittke (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! "In der Migrationspolitik nichts Neues" könnte man sagen, wenn man sich den Haushalt in diesem Bereich der Landespolitik anschaut. Das wäre aber zu wenig; denn das bedeutet, daß die Defizite der Landespolitik, die sich in den letzten Jahren angesammelt haben, damit festgeschrieben werden. In der Tat werden sie mit diesem Landeshaushalt festgeschrieben. Es wird festgeschrieben, daß weiterhin jedes fünfte ausländische Kind in Nordrhein-Westfalen keinen Kindergartenplatz besitzt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Hört, hört!)

(B) Das bedeutet, daß eine riesige Chance der Integration vertan wird. Sie wird vertan, weil gerade junge Menschen losgelöst von jeglichen Vorurteilen leicht in diese deutsche Gesellschaft zu integrieren sind. Es wird eine Riesenchance vertan, weil beispielsweise die Sprachdefizite dort mit ganz, ganz geringem Aufwand behoben werden können.

Damit sind wir bei den Sprachdefiziten. Mit diesem Landeshaushalt wird auch festgeschrieben, daß nach Angaben der Schulministerin in Köln bei der Einschulung jedes zweite ausländische Kind die deutsche Sprache nur unzulänglich beherrscht. Das wird festgeschrieben mit diesem Haushalt, weil Sie auch in diesem Jahr nicht in der Lage waren, Programme für eine ausreichende Sprachförderung gerade im Vorschulbereich lockerzumachen. Es wird mit diesem Haushalt festgeschrieben, daß die Bildungsbeteiligungsquoten von nordrhein-westfälischen Ausländerinnen und Ausländern wesentlich schlechter sind als die ihrer deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. Es wird festgeschrieben mit diesem Landeshaushalt, daß dreimal so viele ausländische Kinder in Nordrhein-Westfalen keinen Schulabschluß machen, das nordrhein-westfälische

Schulsystem also ohne Schulabschluß verlassen, wie deutsche Kinder. (C)

Das sind klassische Bereiche der Landespolitik, in denen Landespolitik in den vergangenen Jahren versagt hat und wozu in diesem Landeshaushalt keine Ansätze zu erkennen sind, wie diese Defizite beseitigt werden sollen.

Das setzt sich fort im Bereich der Lehrstellensituation, wo Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen nach wie vor benachteiligt sind. Auf dem Arbeitsmarkt setzt sich diese Benachteiligung weiter fort. Auch dort gibt es doppelt so viele ausländische Arbeitslose wie deutsche.

All diese Defizitbereiche, die alle nicht neu sind, werden mit diesem Landeshaushalt zementiert, weil diese Landesregierung und auch die Mehrheit im Landtag offenbar nicht in der Lage waren, ausreichend Mittel an den richtigen Stellen einzusetzen. Vor diesem Hintergrund der großen Defizite ist auch zu erklären, warum Sozialdemokraten und Bündnisgrüne in den vergangenen Wochen so gerne über ihre Lieblingsthemen im Bereich der Integrationspolitik sprechen, nämlich über die doppelte Staatsangehörigkeit und über Parolen wie "Das Boot ist voll", wie sie der neue Bundesinnenminister Manfred Schily - Entschuldigung -, Otto Schily (D)

(Heiterkeit)

gebracht hat. Meine Damen und Herren, diese Diskussionen, losgelöst und immer wieder auf die Tagesordnung der Integrationspolitik von SPD und Bündnisgrünen gesetzt, sind reine Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen, die wir in der Integrationspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall bei der CDU)

Statt dessen, statt diese Defizite anzugehen, statt in diesen wichtigen Bereichen, die ich gerade genannt habe, für Abhilfe zu sorgen, wird auch in diesem Landeshaushalt das an Klientelbefriedigung fortgesetzt, was wir schon in den vergangenen Landeshaushalten gefunden haben. Es wird Geld herausgeschleudert - Hunderttausende - für Gutachten und Untersuchungen, es werden Hunderttausende von Mark für Antidiskriminierungsbüros ausgegeben, die noch nicht den Nachweis erbracht haben, daß ihre Arbeit auch nur im geringsten irgend etwas bewegt.

(Oliver Wittke [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, was könnten wir mit diesen - in der Summe - Millionenbeträgen alles an Gutem im Bereich der Integrationspolitik leisten! Wie könnten wir wichtige Bereiche der Ausländerpolitik voranbringen, wenn wir nur auf diese Klientelbefriedigungsprojekte, insbesondere von Bündnisgrünen, verzichten würden!

In diesem Landeshaushalt wird - und auch das will ich ansprechen - eine Kürzung durchgetragen, die schon im vergangenen Jahr vorgenommen wurde, wodurch eine wertvolle und gute Arbeit eiskalt kaputtgemacht wurde. Ich spreche hier die Projektförderung an, die bisher im Bereich des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes möglich war. Sie haben mit der Haushaltskürzung, die im letzten Jahr erstmalig beschlossen wurde und in diesem Haushalt fortgetragen wird, die gute Arbeit, die von vielen Freiwilligen, von vielen ehrenamtlich Tätigen vor Ort geleistet wurde, kaputtgemacht, weil Sie nicht mehr bereit waren, wenige hunderttausend Mark in diesem wichtigen Bereich zu investieren.

Frau Ministerin, da ist es dann auch ein Lippenbekenntnis, wenn Sie in Sonntagsreden vor Vertriebenenverbänden erklären, auch weiterhin würde diese Landesregierung die Arbeit dieser Verbände intensiv unterstützen und intensiv begrüßen, auf der anderen Seite aber keine Möglichkeit sehen, nur wenige hunderttausend Mark für dieses wichtige Feld zur Verfügung zu stellen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Etat im Migrationsbereich ist unzureichend, bürokratieaufblähend und realitätsfern. Kurz gesagt, er ist weit weg von den Problemen der Menschen im Lande. Darum lehnt die CDU-Landtagsfraktion auch in diesem Bereich den Etat ab. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Wittke. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Dedanwala.

Vera Dedanwala (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wittke, so laut wie Herr Arentz sind Sie ja schon.

(C)

(Oliver Wittke [CDU]: Auch so gut, Frau Kollegin!)

- Sie sagen, auch so gut. Wir finden das Laute nicht so gut. Wir hätten es lieber ein bißchen inhaltsstärker; das will ich sagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn ich Ihre Rede hier bedenke, dann weiß ich überhaupt nicht, wo Sie im letzten Jahr der Beratungen des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten gewesen sind. Sie haben überhaupt nicht mitbekommen - aber ich weiß, daß Sie nicht gut zuhören können; das mag daran liegen -, daß wir einen ausführlichen Antrag zur Förderung der Kindertagenerziehung, der schulischen Bildung der Kinder bis hin zum Übergang von der Schule in den Beruf beraten haben. Und weil Sie es gar nicht mitbekommen haben, haben Sie ihn wahrscheinlich auch abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben diesen Antrag abgelehnt, und Sie wollten sich an dieser sehr konstruktiven und für die Kinder wichtigen Arbeit gar nicht beteiligen. Deshalb jammern Sie seit drei Jahren hier über die Sprachdefizite im Kindergarten. Wir haben eine Untersuchung dazu vorliegen gehabt. Wir haben ein Maßnahmenbündel auf den Tisch bekommen, wie man die Sprachdefizite aufarbeiten kann, und wir haben in unserer alltäglichen Arbeit selber dazu Vorschläge erarbeitet. Aber, Herr Wittke, ich glaube, wir lassen Ihnen das noch einmal zusammenstellen, damit Sie das noch einmal überlesen und zur Kenntnis nehmen können.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Dedanwala!

Vera Dedanwala (SPD): Nein. Wenn ich wüßte, daß ich Herrn Wittke mit einer Frage helfen könnte, dann würde ich sie gerne zulassen.

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Aber davon sind Sie nicht überzeugt?

Vera Dedanwala (SPD): Ich habe den Eindruck: Das kann ich nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Also: Keine Zwischenfrage.

Vera Dedanwala (SPD): Sie sagen immer wieder, die ausländischen Kinder beherrschten die deutsche Sprache nicht richtig. Das stimmt. Das liegt aber daran, daß sie in ihrer Herkunftsfamilie - häufig im Umfeld von Frauen, die wenig das Haus verlassen - auch nicht der deutschen Sprache begegnen. Das ist ein Problem; das sehen wir sehr wohl. Wir wissen aber im Moment noch nicht, wie wir anders als durch Angebote im Kindergartenbereich dieses Problem aufgreifen können. Wir haben keine Kindergartenpflicht. Wir haben das Angebot an Kindergärten. Und wenn die Familien die Kinder nicht in den Kindergarten schicken wollen, dann kommen sie nicht, und dann haben sie, wenn sie in die Schule kommen, ein sprachliches Problem. Das ist wahr. Dafür brauchen wir Aufklärungsarbeit. Dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir aber auch die Unterstützung der Kirchen, die ihre Kindergärten für diese Arbeit öffnen

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und die auch auf diese Familien zugehen und ihnen sagen, wie wichtig die Kindergartenerziehung gerade im sprachlichen Bereich für ihre Kinder ist. Bislang stellen wir aber fest, daß gerade auch katholische Kindergärten sich nicht für diese Kinder öffnen, sondern die katholische Erziehung in den Vordergrund stellen.

Sie haben § 96 des Bundesvertriebenengesetzes angesprochen. Herr Wittke, wir haben darüber eine lebendige Aussprache im letzten Beirat für Vertriebene und Flüchtlinge gehabt. Ich kann Ihnen sagen: Unsere Position ist, seitdem der Eisernen Vorhang geöffnet ist und es eine Fülle von Begegnungen und Partnerschaften mit Polen, mit der Tschechei, mit der Slowakei gibt, eine Fülle von Schulpartnerschaften und Begegnungen, ist im Bereich der Projektarbeit die Landesförderung

nicht mehr so dringend, wie sie vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs sicherlich war. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben diese Kürzungen mitgetragen, und wir können auch dazu stehen.

(**Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose**)

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Migrationsausschusses ist im wesentlichen unverändert, und er weist eine hohe Kontinuität auf. Die in dieser Legislaturperiode ausgebaute Zuwanderungsstelle, das Landeszentrum für Zuwanderung, hat ihre Arbeit voll aufgenommen und hat inzwischen eine Strahlkraft weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens, ja sogar über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. - Herr Wittke hört wieder nicht zu. Deshalb weiß er auch nicht, welche Arbeit das Landeszentrum für Zuwanderung leistet. Dieses weist wirklich sehr gute Ansätze auf.

Wir haben beantragt, die Haushaltspositionen für Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder auf den ursprünglichen Stand zu bringen. Dies wünschen wir uns vor allem in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Und wir haben die Mittel für Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen wieder heraufgesetzt, weil wir ein Jahr der Ausländerbeiratswahlen vor uns haben und weil wir die Migranten in diesem Bereich hinsichtlich ihrer demokratischen Legitimation unterstützen wollen. Ich bitte darum, den Haushaltsansätzen zuzustimmen. - Herzlichen Dank. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Frau Kollegin Bainski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christiane Bainski (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Wittke, ich bitte Sie doch darum, hier einiges nicht durcheinanderzuwerfen. Wir reden heute über einen bestimmten Teil des Haushalts, speziell betreffend die Migration. Viele andere Punkte, über die wir ebenfalls gesprochen und zu denen wir Maßnahmen ergriffen haben, zum Beispiel in den Bereichen Schule, Elementarerziehung, Auszubildungsvermittlung und so weiter, stehen heute

(Christiane Bainski [GRÜNE])

- (A) im Zusammenhang mit diesem Haushaltskapitel gar nicht zur Debatte. Sie sind in anderen Bereichen und in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien besprochen, behandelt und, denke ich, auch umfassend bearbeitet worden.

(Zuruf von der CDU)

- Ich finde, es gibt in Nordrhein-Westfalen zwar Defizite; aber es geht nicht darum, sie festzuschreiben. Wir haben vielmehr eine Zielperspektive, wie wir diese Defizite beseitigen können. Damit sind wir in NRW an der Spitze der Bundesländer, was die Lösung von Problemen angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Wir können stolz darauf sein, daß es uns auch in diesem Jahr trotz einer schwierigen Haushaltslage gelungen ist, die Kontinuität in der Migrationspolitik zu sichern und das in den letzten Jahren Erarbeitete auch mit einer Perspektive zu versehen.

(Oliver Wittke [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- (B) - Sie möchten mir eine Zwischenfrage stellen. Sehe ich das richtig? - Sie dürfen mich immer gerne etwas fragen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Das ist ja großartig. - Herr Kollege Wittke, bitte schön.

Oliver Wittke (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident, daß Sie mir das Wort erteilt haben! - Frau Kollegin, da Sie gerade dargestellt haben, daß wir in Nordrhein-Westfalen an der Spitze liegen, frage ich Sie: Wie erklären Sie es sich dann, daß die Ausländerarbeitslosigkeit in Bayern nur halb so hoch ist wie in Nordrhein-Westfalen, dafür aber wesentlich mehr ausländische Kinder an bayrischen Schulen - immer prozentual gesehen - ihren Schulabschluß machen als an nordrhein-westfälischen Schulen?

Christiane Bainski (GRÜNE): Zunächst einmal, Herr Kollege Wittke, kann ich nur sagen, daß auf Nordrhein-Westfalen der Großteil der hier in der Bundesrepublik ohne deutschen Paß lebenden Bevölkerung entfällt; nämlich über ein Viertel die-

ses Personenkreises lebt in Nordrhein-Westfalen. Von daher ist es ganz klar, daß die sozialen Probleme dieser Bevölkerungsgruppe in unserem Land anders als in Bayern sind. Das sind Vergleiche, die man so nicht anstellen kann. Es sind Milchmädchenrechnungen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Migrationspolitik in Nordrhein-Westfalen heißt, daß wir das Miteinander-Leben und das Miteinander-Gestalten von deutscher Mehrheitsgesellschaft und von Migrantinnen und Migranten in den Mittelpunkt unserer politischen Bemühungen stellen. Dazu gehört, daß wir anerkennen, daß der stattgefundene Zuwanderungsprozeß der vergangenen Jahrzehnte unumkehrbar ist. Die fast zwei Millionen Migrantinnen und Migranten, die in Nordrhein-Westfalen leben und die mit ihren Familien die Zukunft unseres Landes entscheidend mitgestalten werden - schon allein deshalb, weil die demographische Prognose zeigt, daß ihr Anteil an der Bevölkerung stetig erheblich wächst -, brauchen keine weiteren Signale der Ausgrenzung, sondern Signale des Einbezogen-Werdens, des Dazugehörens, des Willkommen-Seins. Eine Gesellschaft wie die unsere mit einer so hohen Einwanderungsquote kann es sich nicht leisten, daß sich ethnische Minderheiten zurückziehen und Enklaven bilden. Sie braucht das Miteinander und die Signale des Aufeinander-Zugehens.

In diesem Sinne möchte ich - auch wenn Sie sagen, das sei ein Ablenkungsmanöver - die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts an dieser Stelle durchaus noch einmal hervorheben, die den Inländerinnen und Inländern mit ausländischem Paß nun auch die Einbürgerung und die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert. Ich denke, das ist kein Ablenkungsmanöver, sondern ein ganz entscheidender Schritt hin zu einer Integrationsleistung in unserem Land, die überfällig ist. Sie ist deshalb überfällig, weil die vorherige Bundesregierung es 16 Jahre lang versäumt hat, in dieser Richtung zu denken. Ich hoffe allerdings, daß dieser Schritt auf der Bundesebene nicht der einzige bleibt, sondern daß es zu weiteren Maßnahmen einer sinnvollen Integration auf der Basis gegenseitiger Toleranz und Offenheit kommen kann. Dies wären meines Erachtens auch gute Grundlagen, um der Migrationspolitik in NRW noch bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.

(C)

(D)

(Christiane Bainski [GRÜNE])

(A) Ich meine, wir haben damit, daß wir auch 1999 wieder rund 24 Millionen DM für umfassende Integrationsmaßnahmen vor allen Dingen auch im sozialen und beruflichen Bereich für Migrantinnen und Migranten sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler einsetzen, eine gute Arbeit fortgesetzt. Damit können die Bemühungen um bessere Bedingungen für die soziale und berufliche Absicherung für Zugewanderte fortgeführt werden. Dies ist ein gesellschaftlicher Prozeß. Man kann nicht einfach sagen: Wir beschließen etwas, und morgen ist alles anders.

Sie müßten auch wissen - Herr Kollege Wittke ist mittlerweile gegangen, also brauche ich ihn auch nicht mehr anzusprechen. - Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen -, daß erst einmal gesellschaftliche Prozesse eingeleitet werden müssen, die zu einer Veränderung führen, und daß solche Maßnahmen nicht gleich alle Probleme von heute auf morgen lösen können.

Ich finde, in Ihrem Beitrag ist auch heute wieder etwas deutlich geworden, was wir im Migrationsausschuß immer wieder erlebt haben: Sie verkürzen die Frage der Sprachförderung in einer Weise, die ich nicht teilen kann. Niemand wird bestreiten, daß die Fähigkeit, die vorherrschende Sprache eines Landes qualifiziert zu beherrschen, einen wesentlichen Faktor für die Integration darstellt. Aber das Thema "Sprache und Kommunikationsfähigkeit" ist viel weiter zu fassen, auch für die Mehrheitsgesellschaft. Es ist klar: In Deutschland ist es nicht möglich, in Enklaven zu leben, die keinerlei Deutschkenntnisse erfordern. Gute deutsche Sprachkenntnisse sind für Migrantinnen und Migranten sicherlich auch in Zukunft von wesentlicher Bedeutung. Aber es ist trotzdem auch verfehlt, wie Sie es manchmal getan haben, zu erwarten, daß die zugewanderten Menschen ihre Herkunftssprache aufgeben und sich eine neue Einsprachigkeit in Deutschland suchen.

(Zuruf des Oliver Wittke [CDU])

- Das haben Sie oder zumindest ein Kollege aus Ihrer Fraktion im Rahmen einer anderen Debatte so gesagt.

Dies ginge für die Menschen in der Regel mit einem Verlust von Identität und von sozialen Bindungen einher. Eine solche Erwartung ist völlig unrealistisch. Vielmehr ist es doch unsere Aufgabe, zu klären: Wie ist die sprachliche Entwicklung in unserer Gesellschaft in der Zukunft zu

sehen? In einer Einwanderungsgesellschaft wird sich auch die Sprache, die etwas Lebendiges ist, verändern. Das Leben in kultureller und sprachlicher Pluralität wird unsere Zukunft prägen. Darauf müssen wir uns einstellen. Wir sollten bei den mehrsprachigen Migranten und Migrantinnen auch nicht immer nur von Defiziten sprechen, sondern klären, wie wir das dahinter steckende Qualifikationspotential, nämlich zweisprachig oder mehrsprachig zu leben, ganz anders nutzen können. Kommunikation betrifft mehr als nur die Frage der Sprache.

Aus meiner Sicht werden nur solche Konzepte langfristig tragfähig sein, die neben der Vermittlung von Sprachkenntnissen weitere Faktoren für gesellschaftliche Teilhabe beinhalten und den Begriff der Kommunikation in einer Gesellschaft weiter fassen. Dazu gehören Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung und Vermittlung, aber auch die Eröffnung von mehr Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und auch der Beteiligung an Willensbildung.

Dieses notwendige differenzierte Herangehen drückt sich meines Erachtens in dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu diesem Kapitel aus. Die oben genannten 24 Millionen DM für umfassende Integrationsmaßnahmen wurden eingestellt. Des weiteren haben wir die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder auf 1,7 Millionen DM angehoben. Es wird in bisheriger Höhe die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten gefördert. Das ist ein ganz wesentlicher Beitrag, der auch das Selbstbewußtsein dieser Menschen in unserer Gesellschaft stärken kann. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, ein sicherlich wichtiger Gesprächspartner aller drei Fraktionen hier im Landtag, wird weiterhin umfassend unterstützt und wird im Jahr der Kommunalwahlen - Kollegin Dedanwala hat es schon erwähnt - auch eine besondere Unterstützung zur Durchführung der Ausländerbeiratswahlen erfahren können.

Wir führen die Arbeit der Antidiskriminierungsprojekte fort, von denen Sie ja sagen, das sei reine Klientelpolitik. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß diese soeben evaluiert werden und diese Evaluation und deren Arbeitsergebnisse im kommenden Jahr für uns sicherlich wichtige Anhaltspunkte und neue Anstöße dazu liefern werden, wo wir in unserer Politik ansetzen

(C)

(D)

(Christiane Bainski [GRÜNE])

(A) können. Es gibt Formen individueller Diskriminierung in unserer Gesellschaft, und es gibt auch strukturelle Diskriminierung. Vielleicht befassen Sie sich auch einmal etwas intensiver mit diesen Fragen, die auch gerade aus Migrantenorganisationen kommen und Themen wie eine gezielte Antidiskriminierungspolitik, wie das Antidiskriminierungsgesetz und vieles mehr, was in der internationalen wie auch hier in der nationalen Debatte erörtert wird, einschließen. Dann werden Sie wissen, daß diese Antidiskriminierungsprojekte ein sehr sinnvoller Beitrag sind, um für unsere Gesellschaft zukunftsorientierte neue Impulse zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine fundierte Migrationspolitik gehört zu den gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft. Dazu bedarf es auch einer qualifizierten wissenschaftlichen Beratung und Begleitung. So etwas kann man nicht einfach am Küchentisch oder am Stammtisch erledigen, sondern dazu gehört auch eine vernünftige inhaltliche Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Es ist mir daher unverständlich, wie die CDU dazu kommen konnte, die Mittel für Untersuchungen, Informationsmaßnahmen und -veranstaltungen auf Null stellen zu wollen. Die Auffassung der CDU, das Landeszentrum für Zuwanderung oder das Zentrum für Türkei Studien könnten diese Aufgaben doch übernehmen, zeigt mir, daß Sie sich noch nicht ausreichend mit der Arbeit dieser Institutionen beschäftigt haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das Zentrum für Türkei Studien wird vom Land für Aufgaben unterstützt, die es bereits regelmäßig leistet. Alles Zusätzliche muß auch zusätzlich finanziert werden. Das Landeszentrum für Zuwanderung hat eindeutig nicht den Auftrag, in einer besonderen Form Grundlagenforschung zu betreiben. Es sollte auch - zumal es sich gerade am Ende seines Errichtungsprozesses befindet - in seinen zentralen Aufgaben, wie zum Beispiel Vernetzung, Koordination, Praxisberatung usw. durch Überfrachtung mit anderen Tätigkeiten nicht eingeschränkt werden. Ich bin daher froh, daß wir die Mittel für Untersuchungen, Informationen, Maßnahmen und Veranstaltungen wieder auf 800 000 DM erhöhen konnten und damit auch im neuen Jahr die Möglichkeit haben wer-

den, wissenschaftlich qualifizierte Positionen einzuholen. (C)

Einen recht großen Raum hat in unserer Debatte im Ausschuß - ich sage es ganz kurz und bin bald am Ende - die Finanzierung nach § 96 BVFG eingenommen. Das Land stellt 3,81 Millionen DM zur Verfügung. Sechs Organisationen werden institutionell gefördert und haben damit eine Planungssicherheit, von der andere nur träumen können. Ihre Kritik kann ich daher nicht akzeptieren. Für meine Fraktion möchte ich jedoch an dieser Stelle hervorheben, daß aus unserer Sicht eine Überprüfung der institutionellen Förderung nach inhaltlichen und organisatorischen Gesichtspunkten auch im Verhältnis zu einer sinnvollen Projektförderung unbedingt ansteht. So sehen wir für Organisationen, die im Sinne von Völkerverständigung, von Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und interkultureller Verständigung auch mit dem Adressat der Mehrheitsgesellschaft in diesen Ländern arbeiten, durchaus auch in Zukunft - wie man so sagt - einen Markt. Allerdings macht es aus unserer Sicht wenig Sinn, öffentlich geförderte grenzüberschreitende Kulturarbeit durch Organisationen leisten zu lassen, die Zweifel an der Existenz der Einhaltung bilateral abgeschlossener Verträge äußern und rückwärts gerichtete Grenzdebatten führen. (D)

(Oliver Wittke [CDU]: Wer macht das?)

- Ich habe da in unserer Ausschußanhörung bei einem der Vertreter durchaus in dieser Richtung Dinge ---

(Oliver Wittke [CDU]: Nennen Sie Roß und Reiter!)

- Das ist zum Beispiel der Vertriebenenverband. Da kann ich mich auch auf Ausführungen in unserer Anhörung beziehen.

Aus Sicht unserer Fraktion bietet der Haushaltsentwurf für die Migrationspolitik eine gute Grundlage, um die emanzipatorisch ausgerichtete Politik der Regierungskoalition in diesem Land fortzusetzen.

Ich möchte mich, obwohl die Redezeit schon abgelaufen ist, doch noch für die gute Zusammenarbeit in dem Fachbereich bedanken. Das Ministerium, dem wir jetzt neu zugeordnet sind, war sehr hilfreich und unterstützend. Für die Migra-

(Christiane Bainski [GRÜNE])

(A) tionspolitik im nächsten Jahr bin ich guten Mutes. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Frau Brusis, das Wort.

Ilse Brusis*¹, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! In den letzten Wochen wird in den Medien wieder verstärkt darüber diskutiert, wieviel Zuwanderung Deutschland in Zukunft vertragen kann. Ich halte eine andere Frage für viel wesentlicher, nämlich die Frage: Was kann und muß getan werden - und zwar heute -, um die Integration ausländischer und ausgesiedelter Menschen in unserem Land zu sichern?

Wir brauchen heute ein klares Bekenntnis zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen. Ich begrüße ausdrücklich die Ankündigung der längst überfälligen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durch die neue Bundesregierung.

(B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich denke, meine Herren und Damen, daß es eine unverzichtbare und zukunftsweisende Antwort auf die Frage nach der Verbesserung der Integration ist. Es ist eine Antwort, die die rechtliche und die politische Situation der Zugewanderten entscheidend verbessern wird.

Ich erhoffe mir von der Bundesregierung aber auch, daß sie nach der sehr klaren Staatsangehörigkeitsoffensive bald eine Integrationsoffensive eröffnet, die die Chancengleichheit in Bildung und Beruf zum Ziel hat, die sich die Überwindung aller Formen von Benachteiligung und Diskriminierung auf die Fahnen schreibt und die die Zugewanderten nicht nur fördert, sondern auch zur aktiven Wahrnehmung vorhandener Chancen auffordert.

(Beifall des Jamal Karsli [GRÜNE])

Die nordrhein-westfälische Integrationspolitik könnte hier ein Stück weit als Vorbild dienen. Dabei konzentrieren wir uns auf drei Ansätze:

(C) 1. Wir wollen die Teilhabechancen für Zugewanderte auf allen gesellschaftlichen Ebenen verbessern,

2. wir wollen Teilhabehindernisse, die in der Mehrheitsgesellschaft liegen, abbauen, und

3. wir wollen ein öffentliches Bewußtsein schaffen, das von Toleranz und gegenseitiger Akzeptanz, aber nicht von Kleinmut und Klischees geprägt ist.

In diesem Haushaltsentwurf, den wir heute beraten, sind knapp 24 Millionen DM für die Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung ausländischer und ausgesiedelter Zuwanderinnen und Zuwanderer eingestellt. Da die soziale Integration auch der politischen Integration bedarf, fördern wir mit insgesamt mehr als 700 000 DM die aktive Interessenvertretung von Zugewanderten durch die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalens einerseits und die Beiräte für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen andererseits.

Teilhabebehindernisse abzubauen gilt es sowohl auf der Ebene der individuellen Fremdenfeindlichkeit als auch auf der Ebene der strukturellen Benachteiligung von Zugewanderten. Auch 1999 werden wir wichtige Projekte gegen Diskriminierung und Modellmaßnahmen zur friedlichen Konfliktregulierung in Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil fördern.

(D) Aber, meine Herren und Damen, die praktischen Projekte genügen nicht, wenn nicht gleichzeitig auch auf die häufig sehr emotional und unsachlich geführte öffentliche Debatte über Zuwanderung und Integration durch sachliche, rationale, unaufgeregte und unideologische Information und Argumentation Einfluß genommen wird. Dazu stellt das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen einen in der gesamten Bundesrepublik stark beachteten Beitrag dar, und dazu dienen auch die Mittel für Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung.

Ich erinnere nur an die von Herrn Prof. Heitmeyer in Bielefeld erarbeitete Studie zur Desintegration von türkischen Jugendlichen. Es hat keine große Tageszeitung und auch kein Nachrichtenmagazin in Deutschland gegeben, das nicht auf die Ergebnisse dieser Studie eingegangen wäre. Die seit

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) einiger Zeit in Kooperation von meinem Hause, dem Schulministerium, und dem Jugendministerium entwickelten und geförderten interkulturellen Schülerclubs sind ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Untersuchungsergebnisse in konkrete und auf die Bedürfnisse der Menschen abzielende Maßnahmen umgesetzt werden.

Hier liegen wohl auch die Gründe dafür, daß die Koalitionsfraktionen die Ansätze für Untersuchungen, Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung und Maßnahmen und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung entgegen dem ursprünglichen Entwurf wieder auf das Niveau des Jahres 1998 von 1,7 Millionen DM angehoben haben. - Dafür gilt beiden Fraktionen mein Dank.

Mit Blick auf die Diskussionen im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten möchte ich kurz auf die Förderung der Durchführung von Aufgaben der Kulturpflege nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz eingehen. Von der Opposition ist hier gesagt worden, wir hätten für diese Aufgabe nicht einmal 400 000 DM zur Verfügung.

(Oliver Wittke [CDU]: Für die Projektarbeit!)

(B) - Das stimmt, Herr Wittke. Verschwiegen haben Sie allerdings in Ihrem Diskussionsbeitrag hier, daß wir insgesamt 3,81 Millionen DM zur Förderung von sechs in Nordrhein-Westfalen ansässigen Instituten zur Verfügung stellen. Ich denke, das ist doch ein Beitrag, der sich sehen lassen kann.

Die Institute sind in ihrem Bestand finanziell abgesichert; das kann nicht jedes Kulturinstitut von sich sagen. Sie haben über diese Absicherung auch die Ressourcen, die es ihnen ermöglichen sollten, im Wettbewerb mit anderen Anbietern Drittmittel für die Durchführung von Projekten einzuwerben. Ich bin mir sicher: Moderne, bedarfsgerechte Angebote der Kulturpflege finden - wenn man es nur versucht - auch Sponsoren.

Abschließend lassen Sie mich folgendes sagen, meine Herren und Damen: Der vorliegende Haushaltsentwurf sichert eine Vielzahl breit ansetzender, praktischer Integrationshilfen für zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen. Er sichert des weiteren Maßnahmen, die die Integrationsbereitschaft und die Integra-

tionsfähigkeit der Mehrheitsgesellschaft verbessern.

Ich will abschließend noch auf den Vorwurf der mangelnden Sprachförderung eingehen, so wie es schon meine Vorrednerinnen getan haben. Ich sage Ihnen dazu: Kommunikation ist mehr als Sprache. Aktive Integration ist mehr als einseitige Sprachförderung. Deshalb ist es Ziel unserer Politik, zwar das eine zu tun, nämlich Sprachkurse vorzuhalten, aber das andere nicht zu lassen, nämlich die interkulturelle Kommunikation und das Zusammenleben von Deutschen und Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen zu fördern.

Ich freue mich, Ihnen einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der das bundesweit anerkannt hohe Niveau der nordrhein-westfälischen Integrationspolitik auch im nächsten Jahr garantiert. Ich freue mich auch, daß wir im Politikfeld der Migration eine große Übereinstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen dieses Hauses vorweisen können. Migrations- und Integrationspolitik werden von einer breiten Mehrheit des Parlaments getragen. Meine Herren und Damen, das ist auch ein gutes Signal für die bei uns leben Migrantinnen und Migranten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich komme damit zu dem nächsten Komplex:

c) Stadtentwicklung

Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Schulte für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Bernd Schulte (Lüdenscheid) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die CDU-Fraktion hier vor einem Jahr festgestellt hat, daß es im Interesse einer schlüssigen Infrastrukturpolitik in Nordrhein-Westfalen eindeutiger Ressortzuständigkeiten bedarf, so ist diese Feststellung heute zu bekräftigen. Der Quatsch ist "quätscher" geworden, weil das Ressort für Arbeit und Soziales an das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport angehängt wurde. Arbeit und Soziales wurden in einem Gemischtwarenladen verramscht. Der Fraktionsprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Appel, hat dazu

(C)

(D)

(Bernd Schulte [Lüdenscheid] [CDU])

(A) das Passende gesagt. Laut "Aachener Nachrichten" vom 15. Juni 1998 hat er ausgeführt:

"Für das riesige Arbeits-, Sozial-, Städtebau-, Kultur- und Sportministerium gibt es keine sachliche Begründung. Das ist ein Bauchladen, der kaum zu beherrschen ist."

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Da hat er recht, weil Kultur und Sport am besten zu einem Infrastrukturministerium wie Bauen und Wohnen gepaßt hätten. In einem solchen Ministerium hätte man bauliche und wohnliche Entwicklungen mit Kultur- und Sportinfrastrukturen steuern können. Die Stadtentwicklung gehört eindeutig in das Ministerium für Bauen und Wohnen. Aber es zeugt vom tiefen Mißtrauen zwischen den Koalitionspartnern, daß man diesen Weg nicht gegangen ist.

Es werden zudem die falschen Signale für die nunmehr ernsthafter gesehene Verwaltungsstrukturreform gesetzt, weil Aufgabenbündelungen unter- und mögliche Synergieeffekte ungenutzt bleiben.

Der Finanzminister, meine Damen und Herren, hat die Baransätze der Stadterneuerungsmittel im Einzelplan 20 von 350,7 Millionen DM auf 370,7 Millionen DM erhöht. Auf Antrag der Koalition hat der Ausschuß die Verpflichtungsermächtigungen um 10 Millionen DM auf 257,9 Millionen DM erhöht. Damit kann Rot-Grün den Anschein erwecken, den Forderungen der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie, bauwirtschaftlich relevante Investitionsmittel nicht zu kürzen, nachgekommen zu sein.

(B) Bei näherem Hinsehen erweist sich jedoch, daß die Mittelaufstockung nur auf Verrechnungen im kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen ist. Die Entwicklung der Ist-Zahlen ab 1996 macht deutlich, daß die im Haushalt veranschlagten Mittel bei weitem nicht abgeflossen sind. Hier stecken Deckungsreserven, weil die Kommunen vielfach nicht in der Lage sind, die Komplementärmittel in ihren Stadthaushalten bereitzustellen.

Wir wollen deshalb die Frage der Fördersatzes, ausgehend von dem bisherigen Regelsatz von 70 %, in den Beratungen des Ausschusses demnächst noch weiter thematisieren, weil die arbeitsmarktpolitische Wirkung des Mitteleinsatzes durch Anstoß von Investitionen in achtfacher

Höhe unserer Auffassung nach noch weiter optimiert werden kann, als das bisher geschehen ist.

(C)

Auch die positive und unmittelbare Wirkung der Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen muß in ähnlichem Sinne bezweifelt werden. Der Finanzminister hatte die Verpflichtungsermächtigungen zunächst um 27,5 Millionen DM auf 247,9 Millionen DM reduziert. Folglich ist es nicht nachvollziehbar, wenn die Teilrücknahme dieser Kürzung gegenüber den Kommunen und der Bauindustrie als Erfolg rot-grüner Politik gefeiert wird.

Meine Damen und Herren, nach Angaben des Verkehrsministers beabsichtigt die Landesregierung, das sogenannte Multithemencenter Hauptbahnhof Dortmund sowohl aus Mitteln der Regionalisierung als auch der Stadterneuerung mit über 300 Millionen DM zu fördern - so hier in der Fragestunde am 4. November dieses Jahres dargelegt. Diese Neigung der Landesregierung zu Prestigeobjekten mit eingebauter Vorprogrammierung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sehr gut!)

läßt im Umland die Alarmsirenen schrillen; denn insbesondere auch im südwestfälischen Raum sieht man das als eine öffentliche Subventionierung eines Superkaufhauses mit eigenem Bahnanschluß, gegen dessen Kaufkraftsog sich der Einzelhandel des ländlichen Raums aus eigener Kraft nicht wehren kann.

(D)

Frau Brusis hat das Problem und die Richtigkeit der Kritik klar erkannt und vorsorglich betont, bei den Bahnhöfen eine Teilung in Glitzerwelten und Aschenputtelstandorten verhindern zu wollen. Bei einer Analyse scheint uns der Weg, den Frau Brusis aufgezeigt hat, allerdings nicht der richtige zu sein. Anstatt auf eine wettbewerbsverzerrende Subventionierung des Dortmunder Hauptbahnhofs zu verzichten, fordert die Ministerin von der Bahn AG eine städtebauliche Offensive für hundert kleine und mittlere Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen. Doch diese Offensive wird bei der Förderung des "UFO" untergraben, weil jede Mark bekanntlich nur einmal ausgegeben werden kann.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß der Einzelhandelserlaß aus dem Städtebauministerium den Handel in den Stadtzentren gegenüber unplanmäßigen Ansiedlungen auf der grünen Wiese

(Bernd Schulte [Lüdenscheid] [CDU])

(A) schützen soll. Doch der ländliche Raum insgesamt wird nicht vor Subventionsobjekten in den Oberzentren geschützt. Aber auch das sollte neben der gerechten Mittelverteilung zwischen den Bahnhöfen des Landes unter städtebaulichen Aspekten ein Gesichtspunkt sein, der bei der Prüfung der Verträglichkeit des "UFO" auf das Umland eine herausgehobene Rolle spielen sollte.

Meine Damen und Herren, ich will des weiteren einen Punkt ansprechen, der im Zuständigkeitsbereich des MASSKS liegt, nämlich die Parkraumbewirtschaftung bei den Landesbehörden. Das bisherige Konzept hat nach geharnischten Protesten eine Beerdigung dritter Klasse erfahren. Das heißt, die Leiche hat die Kerze selbst getragen. Ideologische Zielorientierung und eine mangelnde Ressortabstimmung führten zu dem Ergebnis, daß die Bereitstellung eines Parkplatzes bei Landesbehörden in regionalen Staffellungen entgeltpflichtig wäre. Folglich müßten Beschäftigte in der Privatwirtschaft die kostenlose Parkplatznutzung als geldwerten Vorteil in Zukunft versteuern. Diese analoge Regelung wäre unausweichlich und unabwendbar. Aus einem angedachten Öko-Modell wäre somit ein Abzock-Modell allererster Güte geworden.

(B) Nachdem dieses Modell dann eine Notbremsung in der SPD-Fraktion erfahren hatte, waren wir gespannt, wie es denn nun weitergehen sollte. Die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Lösungsansätze machen deutlich, daß aus dem bissigen Kampfhund, der gestartet ist, ein zahmes, domestiziertes Hündchen geworden ist. Denn es soll nunmehr, dem Entschließungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zufolge, ein Hochglanzprospekt erstellt werden, um die ahnungslosen Behördenbediensteten und Personalräte in der Provinz über die Vorteile der Parkraumbewirtschaftung aufzuklären. Des weiteren ist ein neuer Gesetzentwurf auf den Weg gebracht worden, der in das in der nächsten Woche zur Beratung anstehende Artikelgesetz eingefügt werden soll: Er hebt auf einen Konsens zwischen den Behördenleitungen und den Personalräten ab und macht eine Einigung sowohl vom Verwaltungsaufwand als auch von anderen Kriterien abhängig.

Kurzum: Ich will der Diskussion in der nächsten Woche nicht vorgreifen, fasse aber zusammen, daß mit dieser Regelung eine wirksame Parkraumbewirtschaftung nicht erreicht werden kann. Und

wieder einmal ist in Richtung der GRÜNEN, wenn man diesen Kompromiß sieht, festzustellen: Es ist nicht FFH-gerecht, wenn die Kröten geschluckt werden, bevor sie von der GRÜNEN-Basis über die Straße getragen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insgesamt bewerten wir die arbeitsmarktpolitischen Impulse aus den Stadterneuerungsmitteln als nicht hinreichend genutzt, um das zu bewegen, was man mit der achtfachen Anstoßwirkung bewegen kann. Wir sehen eine völlige Benachteiligung der Struktur des ländlichen Raumes gegenüber der der großstädtischen Ballungszentren, wenn man das am Beispiel der beabsichtigten Förderung des "UFO" in Dortmund festmacht. Und wir beobachten eine Eierei in Sachen "Parkraumbewirtschaftung", die lediglich dazu beiträgt, die Behörden auf örtlicher Ebene zu beschäftigen, aber nichts in puncto einer ökologischen Fortentwicklung des ÖPNV bewegt. All das sind die Kriterien, die zur Ablehnung des Einzelplans 15 durch die CDU-Fraktion führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Retz für die Fraktion der SPD das Wort.

Adolf Retz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schulte, Kultur, Sport und Stadterneuerung sind ganz zentrale Lebensthemen aller Menschen. Insofern sind diese Themen in einem Ministerium gut untergebracht; sie ergänzen sich hervorragend.

Im Einzelplan 15 ist die Stadtentwicklung einer der zentralen Punkte, die Städtebauförderung ein zentrales politisches Instrument zur Stadtentwicklung. Den Gemeinden und Verbänden ist die Stadtentwicklung zur Vorbereitung und Durchführung von Stadterneuerungsprojekten ein wichtiges Anliegen. Dieses Anliegen hat die Landesregierung in den letzten fast 20 Jahren mit 11 Milliarden DM gefördert. Auch für das Haushaltsjahr 1999 hat sich die SPD-Fraktion in besonderer Weise für die Stadterneuerung eingesetzt. Trotz der allgemein angespannten Haushaltslage ist es, wie Sie schon richtig zitiert haben, gelungen, den Barmittelansatz noch einmal aufzustocken und

(C)

(D)

(Adolf Retz [SPD])

(A) auch die Verpflichtungsermächtigung noch einmal zu erhöhen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist nicht, wie Sie meinen, eine Korrektur oder Reparatur, sondern unsere Gemeinden brauchen eine langfristige Perspektive, eine langfristige Planungssicherheit, um ihre Stadtentwicklung über mehrere Jahre stabil voranzubringen. Dies aber vollzieht sich nicht nach dem Haushaltskalender vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Stadtentwicklungsprojekte, wenn sie sorgfältig geplant und durchgeführt werden, können sich vielmehr durchaus über mehrere Jahre erstrecken. Daran hat sich die Förderkulisse angepaßt.

Die Städtebauförderung ist ein Motor für den Arbeitsmarkt und stärkt die Auftragslage der Bauwirtschaft wesentlich. Unser Städtebauförderungsprogramm mit der dadurch ausgelösten Vermehrfachung der ursprünglichen Investition stützt zumindest 10 % der Arbeitsplätze im Baugewerbe. Damit erfüllt es ein besonderes Anliegen der Landespolitik, nämlich der Baukonjunktur und dem Bauhandwerk durch eine stabile Haushaltspolitik weiterhin unter die Arme zu greifen.

(B) Darüber hinaus ist die Städtebauförderung ein geeignetes Instrument, Stadterneuerungsprojekte mit Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu verknüpfen. Auch hier gibt es sehr umfangreiche Erfolge. Es bieten sich vielen Arbeitslosen, die in einer Konjunkturflaute eine neue Perspektive suchen, neue Chancen, wieder in das Arbeitsleben einzutreten.

Die Städtebauförderung unterstützt den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen in vielfältiger Weise, und das mittlerweile über Jahrzehnte. Die Wirtschafts- und Lebensstandorte in Nordrhein-Westfalen werden hierdurch gesichert, langfristig geprägt und ausgebaut. Sie können das am Beispiel vieler sehr positiver Projekte im Lande nachvollziehen. Viele Bürger wissen zu berichten, wie ihr Umfeld auf diese Weise neu gestaltet wurde.

Städtebauförderung schafft die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Durch dieses Programm werden Rahmenbedingungen gesetzt, die den weichen und für industrielle und wirtschaftliche Investitionen wichtigen Standortfaktor "Lebensumfeld" fördern. Die Verbindung von Wirtschaftsförderung und Städtebauförderung ist daher ein wichtiges Anliegen unserer Politik.

Ein herausgehobenes Thema ist die Städtebauförderung in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Hier können durch städtebauliche Investitionen neben sozialen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabilisierende Effekte herbeigeführt werden. In verdichteten Wohnbereichen wird die Wohn- und Wohnumfeldqualität durch die Städtebauförderung verbessert.

Lassen Sie mich einen weiteren Komplex ansprechen, dem die Städtebauförderung in den letzten Jahren zu großem Erfolg verholfen hat: Altstandorte, Brachflächen, Industriebrachen, Konversionsstandorte wurden und werden durch Städtebauförderungsmittel neuen, bedarfsgerechten Nutzungen zugeführt; Gewerbegebiete können im Bestand stabilisiert und aufgewertet und in ihr Umfeld integriert werden.

Der Wohnungsbau kann durch städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vorbereitet und unterstützt werden. Herr Schulte hat es eben richtig formuliert: Städtebauförderung löst Investitionen im Umfang des fünf- bis achtfachen Faktors aus. Damit ist sie ein wichtiges Element für unsere Bauindustrie und für unsere Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen.

(D) Die Stadtentwicklung wird überwiegend durch private Investitionen geprägt - das ist uns allen bewußt -, da sich die privaten Investitionen zu meist an kurzfristigen, einzelwirtschaftlichen Zielen orientieren. Um so wichtiger ist es, daß wir durch Städtebauförderungsmittel in unseren Städten und Gemeinden eine langfristig angelegte Entwicklung sicherstellen und damit letzten Endes Entwicklungsperspektiven aufzeigen und realisieren.

Die Städtebauförderung ist in der Lage, öffentliche Investitionen zu städtebaulich verträglichen Projekten zusammenzubringen sowie Investitionen aus anderen Bereichen anzustoßen. Ich komme wiederum auf das Thema "Kultur und Sport" zurück, weil es auch dort Beispiele für hervorragende Ergänzungen gibt, die durch das Ministerium angestoßen wurden und hervorragend betreut werden.

Die Städtebauförderung ist eine unverzichtbare Hilfe für die Kommunen des Landes, langfristig zu planen, langfristig angelegte Konzepte zu realisieren. Sie bietet die größte Anwendungsbreite und von der Förderstruktur her höchste Flexibilität, ermöglicht den Städten und Gemeinden ein hohes

(C)

(D)

(Adolf Retz [SPD])

- (A) Gestaltungs- und Ausfüllungspotential, das sich für viele Stellen unseres Landes beschreiben und dort anschauen läßt. Die Erfolge sprechen für sich.

Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden steht das Land in der Verpflichtung, ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Natürlich hätten wir uns für viele Projekte und ein weit überzeichnetes Städtebauförderungsprogramm mehr Mittel gewünscht. Die angespannte Haushaltslage aber hat hierfür keinen Spielraum gelassen. Wir sind deshalb ganz froh, daß es uns gelungen ist, die Stabilität der Städtebauförderungs-mittel aus den letzten Jahren in den Finanzansätzen zu halten. Die SPD-Fraktion konnte einige kleinere Korrekturen vornehmen, auch wenn dafür eine Mitfinanzierung im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes plaziert werden mußte. Das war das Ziel im Interesse der Gemeinden, das wir auch erreicht haben. Insgesamt dürfen wir feststellen, daß der Städtebau auf soliden Füßen steht, wir langfristig unsere politischen Ziele kontinuierlich umsetzen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Als nächster Rednerin erteile ich das Wort Frau Kollegin Paschke-Lehmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Annette Paschke-Lehmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In keinem anderen Bundesland sind die Herausforderungen an die Stadtentwicklungspolitik so groß wie in Nordrhein-Westfalen. In Zeiten des Strukturwandels und einer zunehmenden Umsetzung des Konzeptes der Nachhaltigkeit kann man konstatieren, daß das Parlament und die Regierung des Landes diese Herausforderungen angenommen und in praktische Politik umgesetzt haben.

Das geschieht in einem aktiven Prozeß gemeinsam mit den Kommunen. Gemeinsam lassen wir den Begriff der Nachhaltigkeit eben nicht zur leeren Floskel verkommen, sondern füllen ihn mit Leben, indem er mehr und mehr zum Bestandteil der täglichen Stadtentwicklungsplanung und -umsetzung gemacht wird. Gegenwärtig wird dies sehr anschaulich und phantasievoll durch die Bei-

träge zum Wettbewerb "Nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte umsetzen" gezeigt. Dies übrigens ebenfalls mit Hilfe der Stadterneuerungspolitik des Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle auch die Initiative "Bahnhofsentwicklung Nordrhein-Westfalen" aufgreifen und an sie erinnern. Es gilt, die Entwicklungspotentiale am Standort Bahnhof im Interesse einer qualitätsorientierten Stadtentwicklung zu nutzen. Das ist ein Ziel, das ich voll und ganz unterstütze. Meines Erachtens sollten sich dabei Bahnhöfe allerdings nicht zu Weltraumflugplätzen entwickeln. Angesichts der Dimension, der Konzeption und des voraussichtlich hohen Fördermitteleinsatzes beim Projekt "UFO Dortmund" muß ganz genau überprüft werden, ob das Ziel einer qualitätsorientierten Stadtentwicklung durch effizienten Mitteleinsatz tatsächlich erreicht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch, meine Damen und Herren, die bisherigen, insgesamt lobenswerten Schritte des Landes und der Kommunen müssen fortgesetzt und ausgebaut werden, um den Prozeß der nachhaltigen Stadtentwicklung voranzubringen und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Eine dieser Rahmenbedingungen ist es, der Zersiedelung entgegenzuwirken, keine neuen Mobilitäts-erfordernisse zu schaffen. Im Klartext heißt das: Der richtige Grundsatz, Wohnen, Arbeit und Freizeit möglichst zusammenzuführen, muß gegen immer neue Zeiterscheinungen verteidigt werden.

Mit dem Einzelhandelserlaß hat das Land vor zwei Jahren ein geeignetes Instrumentarium geschaffen, dessen Wirksamkeit sich nun auch an der Rahmensetzung für die mögliche Entstehung sogenannter Factory-Outlet-Center erweisen muß. FOCs müssen aus unserer Sicht wie sonstiger, großflächiger Einzelhandel auf der grünen Wiese behandelt werden. Sollte im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten Nachbesserungsbedarf bestehen, wird sich meine Fraktion nachdrücklich in diesem Sinne stark machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn weiterhin gilt es, einer drohenden Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken, ihre Attraktivität unter anderem durch ein interessantes Einkaufsangebot zu steigern. Hinzu kommen essentielle Notwendigkeiten wie z. B. ein reichhalti-

(C)

(D)

(Annete Paschke-Lehmann [GRÜNE])

(A) ges Kultur-, Sport- und Freizeitangebot - gerade für Kinder und Jugendliche -, ein attraktives Wohnumfeld und der Erhalt von Baudenkmälern. Alle diese Maßnahmen werden durch diverse Landesprogramme gefördert und tragen nicht nur zur Verbesserung der städtischen Lebensqualität bei. Sie bilden darüber hinaus die sogenannten weichen Standortfaktoren, setzen weitere private Investitionsgelder frei und leisten einen wertvollen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Darüber hinaus haben Programme wie z. B. das integrierte Handlungsprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf eine wichtige soziale Funktion; sie versuchen nämlich, einen Beitrag zu leisten, den Negativtrend der weiteren sozialen Polarisierung und Destabilisierung zu bremsen.

Ein Ansteigen des bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtteilen, eine entstehende Stadtteilidentität und ein sich besseres Image der Stadtteile sind zusätzliche Erfolge, die zwar nicht in Mark und Pfennig zu beziffern sind, aber dennoch - das möchte ich besonders betonen - einen hohen Wert besitzen.

Es freut mich besonders, daß die in diesen Stadtteilen lebenden Menschen neuerdings wieder neue Bündnispartnerinnen und -partner bekommen haben, nämlich die Bundesregierung. Denn von der Erhöhung des Kindergeldes, der Senkung des Eingangsteuersatzes und den geringeren Zuzahlungen für Arzneimittel, aber auch durch das kommende neue Staatsangehörigkeitsrecht werden gerade die Menschen in diesen Stadtteilen am meisten profitieren.

Lassen Sie mich nun noch den Blick auf zwei Ereignisse der kommenden Jahre werfen, deren Vorbereitungen bereits angelaufen und durch den Haushalt abgesichert sind:

1999 werden wir in insgesamt 17 Emscher-Städten das Finale der Internationalen Bauausstellung Emscherpark erleben, einer Ausstellung, die über die Jahre nicht nur zum Synonym für die zukunftsweisende Modernisierung von Industrieregionen, sondern auch für die nachhaltige Verbindung von Ökonomie und Ökologie geworden ist. Auch das IBA-Finale wird einen seiner Schwerpunkte in der klugen Symbiose von moderner Wirtschaftspolitik und ressourcenschonender nachhaltiger Entwicklung haben. Insofern wird das IBA-Finale zu einem schon veränderten

und sich weiter ändernden Selbstbild dieser Industrieregion beitragen. Dies geschieht jedoch ohne Brüche in einem fließenden und damit menschengerechterem Übergangsprozeß.

Als Frau aus dem Kreis Lippe - das werden Sie sicher verstehen - möchte ich heute auch noch das Augenmerk auf das Jahr 2000 richten, das Jahr der Weltausstellung. Zum einen wird Nordrhein-Westfalen in Hannover selbst präsent sein. Viele Besucherinnen und Besucher werden aber auch - so hoffen wir jedenfalls vor Ort - ihren Aufenthalt für eine touristische Stippvisite nutzen und ausbauen. Dabei kommt der Region Ostwestfalen-Lippe aufgrund ihrer geographischen Lage eine besondere Bedeutung zu.

Deswegen ist es sinnvoll, daß das Land und die Region OWL die Aktivitäten für die Weltausstellung hier gemeinsam konzentrieren. Unter dem Motto "Wir holen die Weltausstellung zu uns" wird das Expo-Leitthema "Mensch, Natur, Technik" aufgegriffen und in vier bedeutsame Zukunftsaufgaben umgesetzt: die Technologieregion, die Gesundheitsregion, die Kulturregion OWL sowie als viertes Element die Regionale "Heilgarten 2000".

Zusammen mit Reiseveranstaltern, Unternehmen und Verbänden entwickelt das Land Programmpakete, die unterschiedlichen Interessenten angeboten werden können, um gezielt Besucherinnen und Besucher für Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen zu interessieren. Das gerade mit Unterstützung des Landes aufgebaute Informations- und Reservierungssystem ist dafür eine Grundvoraussetzung und wird einen wertvollen Beitrag dazu leisten, das Interesse der Besucherinnen und Besucher im Jahr 2000 auch tatsächlich zu vermarkten.

Ob es sich, Kolleginnen und Kollegen, nun um die IBA mit ihrem visionären Anspruch an den nachhaltigen Wandlungsprozeß einer Industrieregion handelt oder um die Expo-Regionale mit dem Hervorheben der Stärken einer eher ländlich geprägten Region, beides zeigt, daß die Aktivitäten der Landespolitik sich nicht nur auf das politische Alltagsgeschäft beschränken, sondern darüber hinaus Perspektiven entwickelt und vorgebracht werden.

Ich freue mich sehr darüber, daß der vorliegende Haushaltsentwurf versucht, all diesen Anforderungen Genüge zu tun. Mit den Stadt-

(C)

(D)

(Annete Paschke-Lehmann [GRÜNE])

(A) erneuerungsmitteln ist es den Koalitionsfraktionen sogar gelungen, die Verpflichtungsermächtigungen um 10 Millionen DM zu erhöhen und somit die Mittel auch längerfristig auf hohem Niveau zu halten. Selbstverständlich wäre uns hier und da ein höherer Mitteleinsatz lieb gewesen. Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen ist das Erreichte aber sehr beachtlich und findet die volle Zustimmung meiner Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Frau Brusis, das Wort.

Ilse Brusis^{*)}, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die bisherigen Leistungen und Erfolge nordrhein-westfälischer Stadtentwicklungspolitik dürfen uns nicht den Blick dafür verstellen, daß Stadterneuerung und Städtebauförderung weiterhin eine vordringliche, gemeinsame und langfristige öffentliche Aufgabe sind und bleiben. In Zeiten großer finanzieller Engpässe und beschleunigten Strukturwandels bedeutet das, daß wir uns klare Schwerpunkte setzen müssen. Das gilt für die Mittel der Städtebauförderung ebenso wie für möglichst alle strukturelevanten Fördermittel des Bundes und des Landes, die wir koordiniert und gezielt einsetzen wollen.

(B) Unsere Aufgabe aus der Sicht des Landes wird und muß es sein, die Investitionsquote im Landeshaushalt zu stabilisieren, um die Zukunftsfähigkeit aktiv gestaltender Politik nicht in Frage zu stellen. Das ist für die Städtebauförderung des Landes für 1999 in etwa gelungen. Die Städte und Gemeinden unseres Landes können im nächsten Jahr mit nahezu 310 Millionen DM Städtebaufördermittel rechnen.

Herr Kollege Schulte, Ihnen würde ich empfehlen, noch einmal ins GFG hineinzuschauen, damit Sie sich noch einmal mit den Zahlen vertraut machen können; denn Ihre Zahlen waren nicht so ganz richtig.

Mit rund 17 Milliarden DM Städtebaufördermitteln, die seit 1971 zur Verfügung gestellt wurden, ist es gelungen, ein Investitionsvolumen von

(C) rund 140 Milliarden DM anzustoßen. Das zeigt, Herr Kollege Schulte, daß der Multiplikationsfaktor in Nordrhein-Westfalen größer als 8 ist. Ich habe bisher immer nur deshalb mit dem Faktor 8 argumentiert, weil er in wissenschaftlichen Untersuchungen als unterster Multiplikationsfaktor genannt wird. Es gibt auch Schätzungen, die weit darüber hinausgehen. Es hängt von der jeweils örtlichen Situation ab, inwieweit man einen höheren Multiplikationsfaktor erreichen kann. Wir in Nordrhein-Westfalen haben jedenfalls einen höheren erreicht.

Hier ist auch das Investitionsvolumen des Grundstücksfonds über 130 Millionen DM zu erwähnen. Mit eigenen Mitteln von ca. 15 Millionen DM werden etwa 80 Millionen DM Fördermittel insbesondere der Wirtschaftsförderung gebunden.

Wir haben das Profil der Städtebauförderung den gewandelten ökonomischen, sozialen und ökologischen, technologischen und fiskalischen Bedingungen angepaßt. Mit den neuen Förderrichtlinien Stadterneuerung, die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten sind, wird die Städtebauförderung zielgenauer als bisher an den wichtigsten Bedarfsschwerpunkten orientiert. Sie wird, fachlich gebündelt, mit Mitteln anderer Investitionsbereiche eingesetzt.

(D) Lassen Sie mich einige dieser Schwerpunkte besonders herausheben. Das Handlungsprogramm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" bleibt ein besonderer Schwerpunkt der Stadtentwicklungspolitik. Den vorherrschenden sozialen, städtebaulichen und auch kulturellen Defiziten begegnen wir mit einem Paket sozialer, arbeitsmarktpolitischer, kultureller und städtebaulicher Maßnahmen. Hier sind die Städtebaufördermittel häufig der Katalysator und das Bindeglied zwischen anderen Förderprogrammen, um gezielt in den Stadtteilen für eine bessere Entwicklung zu sorgen.

Zur Zeit sind vom Land 26 Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf anerkannt. Durch die Bündelung unterschiedlicher Förderprogramme des Landes konnten in diesen Stadtteilen mehr als dreiviertel Milliarden DM Fördermittel aus Förderprogrammen des Landes konzentriert werden. Dieser Bündelungseffekt ist nur durch den gemeinsamen Willen aller Ressorts des Landes möglich geworden. Nordrhein-Westfalen hat damit innerhalb aller Bundesländer eine Vorreiterrolle eingenommen. Kein anderes Land hat im übrigen

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) die Verknüpfung von Beschäftigungsmaßnahmen mit Stadterneuerungsmaßnahmen soweit entwickelt wie Nordrhein-Westfalen.

Über das Teilprogramm Stadterneuerung in Kombination mit ABM und Sozialhilfe sichern wir den notwendigen Handlungsspielraum über die Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf hinaus, um landesweit auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können.

1999 ist das Jahr der Schlußpräsentation der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park. Dann liegen die Ergebnisse einer zehnjährigen Werkstatt für die Zukunft der Industrieregionen vor. Für eine Region von 70 km Länge, 15 km Breite, 800 Quadratkilometern Fläche und 2,5 Millionen Einwohner, verteilt auf 17 Städte, wurden konzeptionelle und praktische Impulse für den ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbau gegeben. Die IBA-Emscher-Park ist als internationale Bauausstellung einzigartig. Sie geht über Architektur und Städtebau weit hinaus und zielt auf den Umbau einer ganzen Region im Ruhrgebiet. Sie hat damit Maßstäbe gesetzt und zugleich Beispielhaftes erreicht.

- (B) Die zehn Jahre IBA machen Mut, den Weg der integrierten Regionalentwicklung fortzusetzen und die Übertragbarkeit von Erfahrungen der IBA auf andere Regionen intensiv zu diskutieren. Aus den positiven Erfahrungen der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park heraus hat die Landesregierung 1997 die Idee der "Regionale Kultur- und Naturräume in Nordrhein-Westfalen" entwickelt. Dies ist ein Angebot des Landes an die Regionen, sich als Kultur- und Wirtschaftsraum über Kunst, Natur, Baukultur und Innovationen neu zu definieren und nach außen zu profilieren.

Mit der Expo-Initiative OWL für das Jahr 2000 wurde die erste Regionale in die Region Ostwestfalen-Lippe vergeben. Für das Jahr 2002 hat die Region mittlerer Niederrhein gemeinsam mit der Landeshauptstadt Düsseldorf den Zuschlag für die Durchführung der Regionale "Euro-ra 2000 plus" erhalten. Für die Regionale der Jahre 2004 und 2006 liegen inzwischen acht Bewerbungen vor. Mit dem Konzept der Regionale wollen wir in den Regionen die unterschiedlichen Qualitäten und Potentiale bündeln, anstatt daß sie sich gegenseitig in Stellung bringen.

Zügiges Gelingen und Umsetzen von Stadterneuerungsprojekten erfordert neue Kooperationsfor-

men. Denn im Kern liegen die Potentiale und Standortvorteile in der Kreativität, der Handlungsbereitschaft und der Handlungsfähigkeit der Menschen, die an diesen Standorten wohnen, arbeiten oder dort ihren Betriebsstandort haben. (C)

Für die Stärkung der Innenstädte brauchen wir eine Rundum-Strategie. Dazu gehört ein integriertes Handlungskonzept, das nicht allein von der Gemeinde, sondern in Zusammenarbeit mit den beteiligten Gruppen in der Stadt erarbeitet und auf breiter Basis getragen wird.

Durch das Projekt "Stadtmarketing" sollen die unterschiedlichen Kräfte für die Stadt und das Stadterneuerungsprojekt mobilisiert werden. Deshalb hat sich das Land als erstes Bundesland dazu entschlossen, Stadtmarketing als Fördergegenstand generell in die Städtebauförderung aufzunehmen. Stadtmarketing umfaßt die Chance, in einem neuen Aufbruch Impulse für die Stadtentwicklung zu geben, um in einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand, privaten Kräften und Bürgern auch Themen anzugehen, die bisher ausgeklammert wurden.

In neue Formen der Kooperation sind wir auch zu der dringend erforderlichen Neugestaltung unserer nordrhein-westfälischen Bahnhöfe eingetreten. Erfolgreich erprobt ist die Kooperation zwischen Landesregierung, Deutscher Bahn AG und den Kommunen für die Entwicklung der großen Bahnhöfe an ausgewählten Standorten. (D)

Das "UFO" gehört hier ausdrücklich nicht dazu, denn es ist eine privatwirtschaftliche Investition. Und ich sage Ihnen, Herr Schulte: Die Dimensionen, die hier aufgrund der Städtebauförderung von Ihnen angesprochen worden sind, werden wahrscheinlich bei weitem nicht erreicht. Denn in ein privatwirtschaftlich finanziertes Investment können wir keine Städtebauförderungsmittel stecken. Wir können über die Städtebauförderung höchstens dafür sorgen, daß das Umfeld einer solchen Investition vernünftig gestaltet wird.

Zum Teil sind die städtebaulichen Planungen für die großen Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen schon abgeschlossen, teilweise ist schon das Stadium der investiven Umsetzung erreicht.

Schließlich sind wir - das will ich zum Schluß sagen - in einem "Konsultationskreis Freizeitwirtschaft" in intensiven Gesprächen mit allen relevanten Gruppen, um Erwartungen der Privatwirtschaft an die öffentliche Hand sowie die Erwar-

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) tungen der öffentlichen Hand an die Privatwirtschaft betreffend Investitionen im Bereich Freizeit zu diskutieren und gemeinsam Lösungsansätze zu finden.

Die Stadtentwicklungspolitik in unserem Land wird auch im nächsten Jahr im Zeichen von Kooperation und Konsenssuche stehen. Mit dem vorliegenden Haushalt ist dafür eine solide finanzielle Basis gegeben. Damit stärken wir unsere Innenstädte und Nebenzentren, fördern also eine zukunftsfähige, vitale Stadt, unterstützen die Entwicklung von Zukunftsstandorten ebenso wie die von Altstandorten, bewahren und sichern historisches Erbe und unterstützen regionale Entwicklungen. Der Ihnen vorliegende Haushalt ist dafür eine gute Grundlage.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Wir wenden uns dem nächsten Komplex zu:

d) Kultur

Ich darf als erstem Redner Kollegen Blömer für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

- (B) **(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)**

Richard Blömer (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns alle bei Einbringung des Haushaltes gefragt, ob denn dieser Kulturhaushalt irgendwelche Überraschungen mit sich bringen würde. Ich muß sagen: Unsere Erwartungen sind nicht enttäuscht worden. Überraschungen gab es nicht. Wir können auch im Haushalt 1999 keine neuen Schwerpunkte der Landeskulturpolitik entdecken. Regiert wird nach dem Motto: Weiter so!

Eine eigenständige Landeskulturpolitik, besondere Initiativen, Signale in die eine oder andere Kunstsparte oder neue Zielsetzungen sind nicht zu erkennen. Während in der Bundespolitik der neue Kulturbeauftragte Naumann den Angriff auf den Kulturföderalismus probt und immer neue Betätigungsfelder sucht - für sich und die nationale Kulturarbeit -, übt sich die Landesregierung in kleinkariertem Selbstbescheidung.

Man muß sich natürlich fragen, woran das liegen mag. Der Grund liegt wohl in der Annahme der

Landesregierung, daß die Kommunen letztendlich den kulturstaatlichen Verfassungsauftrag wahrzunehmen haben, während das Land dies in einem sachlich nicht zu begründenden "Bauchladenministerium" zu entsorgen sucht. Kollege Arentz hat eben schon darauf hingewiesen, wofür die Ministerin alles zuständig ist. (C)

Frau Brusis! Ich muß Ihnen ein Kompliment machen: Das ist hier ein Marathonlauf für Sie heute durch die verschiedenen Sparten. Der Präsident hat sie eben Komplexe genannt. Ihr Durchsvermögen in allen Ehren! Es zeichnet Sie aus. Sie haben eben von Freizeit gesprochen. Ich hoffe, Sie haben noch Freizeit neben all den Sparten, die Sie zu bewältigen haben.

Aber, meine Damen und Herren von der Koalition, der Versuch der Zuweisung von Verantwortlichkeiten zu den Kommunen wird Ihnen nicht gelingen. Wir werden alles im Rahmen unserer Möglichkeiten tun, um die Landesregierung immer wieder an ihren Auftrag, einen wesentlichen Beitrag im Rahmen der kulturellen Grundversorgung zu leisten, zu erinnern.

Zugegeben: Die Verteilungskämpfe um die öffentlichen Mittel haben zugenommen und in den letzten Jahren insbesondere die Kulturpolitik in Mitleidenschaft gezogen. Die Konsequenz aus dieser Entwicklung kann aber nur heißen, daß wir uns wieder auf die primäre Bedeutung, den primären Nutzen von Kunst und Kultur als Katalysator für gesellschaftliche Entwicklung besinnen. (D)

Die Landesregierung und insbesondere der ausschließlich technokratisch orientierte Ministerpräsident reduzieren Kulturpolitik auf ihren Sekundärnutzen als Wirtschaftsfaktor. Deshalb dürfen Kulturinteressierte in diesem Land auch nicht überrascht sein, wenn sich die eigentliche Kulturpolitik dieser Landesregierung auf Filmförderung, spektakuläre Festivals und Vergnügungsparks konzentriert.

Die beabsichtigte und dann von allen Fraktionen einvernehmlich zurückgenommene Streichung von 450 000 DM für die Kultursekretariate war und ist ein Zeichen für die ungenügende Sensibilität der Landesregierung im Umgang mit bewährten Kulturinstitutionen. Eine Kölner Tageszeitung, der "Stadt-Anzeiger", kommentiert diesen Vorgang unter der Schlagzeile "gerettet" und berichtet vom "Aufatmen in der Kulturlandschaft" - eine

(Richard Blömer [CDU])

(A) Randnotiz? Nein, ich denke, das Gegenteil ist der Fall.

Die Behandlung der Kultursekretariate - das war nicht der erste Angriff in diesem Jahr - offenbart in erschreckender Weise Ihren leichtfertigen und höchst oberflächlichen Umgang mit Einrichtungen, die für unsere lebendige Kulturszene in Nordrhein-Westfalen, für unsere vielfältigen Kulturangebote unumgänglich sind. Denn schließlich geht es hier nicht nur um Vernetzungen, sondern vor allem um kulturelle Kooperationen, die mit finanzieller Hilfe des Landes 24 Mitgliedstädte anregen, ebenfalls eigene finanzielle Beiträge zu kulturellen Veranstaltungen zu leisten. Das ist eine großartige Leistung, die man gar nicht hoch genug anerkennen kann.

Seit meiner Mitgliedschaft im Kulturausschuß des Landtages habe ich immer wieder Frau Ministerin auf die Signalfunktion von Landeskulturpolitik hingewiesen. Ich sage auch hier noch einmal an dieser Stelle: Geld für die Kultursekretariate ist das richtige Signal für unsere Kommunen. Kürzungen aber sind das falsche Signal. Kürzungen bei den Kultursekretariaten führen zu einer Verarmung der Kultur in den Regionen. Kürzungen bei den Kultursekretariaten führen zu einer kulturellen Entprofilierung, die wir nicht hinnehmen können. Machen Sie endlich Schluß mit Ihren untauglichen Versuchen, Jahr für Jahr die Kultursekretariate ins Gerede zu bringen!

(B) Wenn Sie eine stabile und langfristig angelegte Kulturarbeit in den Regionen unseres Landes sichern wollen, dann sind die Zuwendungen der Landesregierung für die Kultursekretariate gut angelegtes Kapital.

Der nordrhein-westfälische Städtetag hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich am Ende dieses Jahrhunderts auf die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen einzustellen und gemeinsam die Ziele von Kulturpolitik zu definieren. Er fordert darüber hinaus die Entwicklung von Strategien sowie die Verständigung auf konkrete Maßnahmen. Meine Fraktion unterstreicht diese Forderungen voll und ganz. Wir erwarten von der Landesregierung gerade im nächsten Jahr, daß sie hier Initiative ergreift.

(C) Gerade weil es kein individuelles Recht auf staatliche Förderung für besondere Kultureinrichtungen oder einzelne Haushaltstitel gibt, ist es um so wichtiger, gegenüber der Öffentlichkeit die Finanzierungsverpflichtungen von Land und Kommunen für die Kulturpflege offensiv zu vertreten und sich nicht Jahr für Jahr durch die Haushaltspositionen zu hangeln, wie Sie das immer zu tun pflegen.

8 Millionen DM mehr für Filmförderung und nur 2 Millionen DM mehr für die Förderung von öffentlichen Theatern stehen in einem krassen Mißverhältnis und können so nicht hingenommen werden. Natürlich begrüßen wir auf der einen Seite die Erhöhung der Theaterzuwendungen. Auf der anderen Seite wiederhole ich aber auch hier meine Kritik, daß die Theaterförderung der Landesregierung seit 1992 kontinuierlich reduziert worden ist:

Von den 42,7 Millionen DM in 1992 sind wir auch im kommenden Haushaltsjahr noch meilenweit entfernt. Wir bedauern sehr, daß die Koalitionsfraktionen unseren Antrag, die kommunale Theaterförderung um weitere 700 000 DM aufzustocken und die Kinder- und Jugendtheater sowie die freien Theater mit zusätzlichen 500 000 DM zu fördern, abgelehnt haben. Wer an den unterschiedlichen Veranstaltungen der Kinder- und Jugendtheater teilgenommen hat, weiß, wie es um diese ganz besonders wichtige Sparte sowohl bei den öffentlichen wie auch bei den zumeist freien Theaterangeboten bestellt ist.

(D) In diesem Zusammenhang verweise ich auf eine dpa-Meldung vom 8. Dezember, in der von der "Arbeitsstelle Theaterpädagogik der Universität Münster" auf die katastrophale Lage von Kinder- und Jugendtheatern verwiesen wird. Hier unterscheidet sich die Situation in Nordrhein-Westfalen nicht von der in anderen Bundesländern.

Die Durchschnittsgehälter der Schauspieler liegen unter den Sozialhilfesätzen. Die schauspielerische Arbeit grenzt an Selbstausbeutung. Die Kinder- und Jugendtheater kämpfen ums Überleben. Kinder- und Jugendtheater ist aber nicht nur ein kulturelles Angebot, sondern auch ein Bestandteil von Sozial- und Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

(Richard Blömer [CDU])

- (A) Es geht nicht nur um die Förderung des Theaterpublikums von morgen, nein, Kinder- und Jugendtheater ist auch eine Art Prophylaxe gegen unterschiedlichste Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei, Frau Ministerin, würde ein Blick über die Landesgrenze in die Niederlande ausreichen, um fabelhafte Beispiele für eine sinnvolle und großzügige Förderung von Theaterangeboten für Kinder und Jugendliche zu finden.

Es ist für die resignative Stimmung der Kulturschaffenden in diesem Land bezeichnend, daß man schon mit dem Einfrieren von Zuschüssen zufrieden ist und nicht befürchten muß, noch weitere Kürzungen hinnehmen zu müssen, obgleich diese Zuschüsse für eine erfolgreiche Arbeit kaum ausreichen.

Weil wir das auf Dauer nicht für vertretbar halten, hätten wir uns gewünscht, daß der Landesmusikrat, die Jugendmusikensembles und auch die Laienmusikverbände im nächsten Jahr eine Honorierung ihrer großartigen Leistungen erhalten hätten. Diese größten Bürgerinitiativen im Bereich der Kultur verdienen unsere größte Unterstützung. Und ich möchte an dieser Stelle für meine Fraktion den Verantwortlichen gerade in diesen Verbänden Dank und Anerkennung für die hervorragende Arbeit aussprechen, die sie leisten.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Danken möchte ich auch der großen Zahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern, insbesondere in den kirchlichen Büchereien. Sie tragen zur flächendeckenden Versorgung gerade mit Literatur und neuen Medien vor allem in ländlichen Bereichen bei. Es ist verantwortungslos, daß Ihr Haus, Frau Ministerin, über Förderrichtlinien die Zentralisierung des Büchereiangebotes unterstützt und die kirchliche Büchereiarbeit sowie die Büchereien in Klein- und Mittelstädten in den Ruin treibt. Ich muß hier nicht auf die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes verweisen.

Ich stelle fest: Der Kulturhaushalt bleibt auch im neuen Haushaltsjahr Stückwerk. Er zeigt keine neuen Perspektiven und wird dem Kulturland Nordrhein-Westfalen in seiner Bedeutung für Deutschland, aber auch als wichtige Region im zusammenwachsenden Europa nicht gerecht. Einfallslosigkeit und Mangelverwaltung sind die

Markenzeichen der nordrhein-westfälischen Landeskulturpolitik. Deshalb lehnt meine Fraktion diesen Haushalt ab. - Ich danke Ihnen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Frau Pazdziora-Merk.

Jarka Pazdziora-Merk (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz der unumstritten schwierigen Haushaltslage ist es den Koalitionsfraktionen gelungen, für den Kulturbereich ein recht respektables Ergebnis auszuhandeln, meine Damen und Herren. Sie sehen, Herr Kollege Blömer, daß wir damit die Situation ganz anders beurteilen, als Sie sie gerade dargestellt haben. Daß auch bei uns nicht alle Wünsche realisiert werden konnten, will ich gerne eingestehen, aber insgesamt sind wir froh und erleichtert darüber, daß es in vielen Bereichen gelungen ist, alte Haushaltsansätze wieder einzusetzen beziehungsweise sogar grundsätzliche Verbesserungen zu beschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit ist gewährleistet, daß auch 1999 die Kultur in unserem Lande hervorragende Voraussetzungen für ihre Aufgaben hat. Wir sind stolz auf die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen, die sich dynamisch entwickelt hat. Trotz aller Unkenrufe ist die Stimmung bei denjenigen, die Kultur machen, durchaus positiv, und es wird anerkannt, daß es gelungen ist, finanzielle Einschnitte zu verhindern. Wir haben sehr viele Gespräche geführt und haben diesen Eindruck mitnehmen können.

(D)

Durch das Instrument der regionalen Kulturförderung sind viele innovative Projekte in den Regionen entstanden. Die Kulturschaffenden vor Ort haben erkannt, daß sie mit dieser kulturellen Vielfalt werben können. Solide Kulturarbeit einerseits, Festivals und kulturelle Highlights andererseits - das sind nicht Gegensätze, wie die Opposition es oftmals darstellen möchte, sondern geradezu die Voraussetzungen dafür, ein funktionierendes Kulturnetz in Nordrhein-Westfalen vorweisen zu können.

Im einzelnen möchte ich dazu folgendes anmerken. Mit der Erhöhung des Ansatzes für Biblio-

(Jarka Pazdziora-Merk [SPD])

(A) theken um 440 000 DM kann dort die Aus-, Fort- und Weiterbildung verbessert beziehungsweise die Ausstattung der Bibliotheken mit modernen Technologien weitergeführt werden. Damit kommen wir dem Wunsch der Bibliotheken nach, so ausgestattet zu werden, daß sie modernen Aufgaben gerecht werden können. Ich gebe zu, daß es da noch im Einzelfall Nachholbedarf gibt, aber das wollen wir nach und nach entsprechend bereinigen.

Mit der Erhöhung des Ansatzes für die Kultursekretariate um 450 000 DM ist der Ansatz dieses Jahres wiederhergestellt, so daß die Arbeit dort in ungekürztem Umfang fortgesetzt werden kann. Kooperation und Vielfalt ist damit im ganzen Land gewährleistet. Gerade Projekte, die es sonst schwer haben gefördert zu werden, erhalten damit eine Chance auf Realisierung.

Damit die Musikschulen in die Lage versetzt werden, das Programm "Musikschule 2000" durchzuführen, haben wir sie mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 262 000 DM ausgestattet. Wir unterstützen damit die engagierte Laienmusik als wichtigsten Eckpfeiler der nordrhein-westfälischen Musikkultur.

(B) Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Etats der Landesmusikakademie Heek um 100 000 DM beabsichtigt, damit auch dort der Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung gestärkt wird.

Ein Land unserer Größenordnung muß Wert darauf legen, sich im europäischen Raum zu präsentieren. Um den internationalen, insbesondere den europäischen Kulturaustausch und die individuelle Künstlerförderung in allen Kultursparten zu unterstützen, wollen wir diesen Ansatz um 110 000 DM erhöhen.

Nach wie vor ist es uns ein Anliegen, die Kunst und Kultur von Frauen in besonderer Weise zu fördern, um immer noch vorhandene Benachteiligungen von Frauen im Kulturbereich abzubauen. Den Stellenwert, den dieser Bereich für uns bedeutet, dokumentieren wir damit, daß wir diesen Ansatz um 250 000 DM erhöht haben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich bin sicher, daß Sie dem einen oder anderen Antrag sicherlich gerne zugestimmt hätten. Aber so ist daß nun einmal mit Ihrer Oppositionsrolle. Sie werden aber verstehen, daß wir durchaus stolz auf die Ergebnisse sind.

(C) Besonders erwähnen möchte ich die vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich denke, daß es uns gemeinsam gelungen ist, mit diesen Beschlüssen die Kulturarbeit in unserem Lande zu erhalten und auszubauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Frau Kollegin Schumann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Brigitte Schumann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Blömer wird nicht müde, immer wieder einiges bewußt falsch zu sagen.

Erstens, Herr Blömer, vermitteln Sie hier weiterhin den falschen Eindruck, als handle es sich beim Kulturhaushalt 1999 um einen rabiaten Kürzungsanschlag. Das ist nicht der Fall. Wahr ist das, was die Ministerin bei ihrer Einbringung des Kulturhaushaltes gesagt hat, daß es vermieden werden konnte, Einschnitte in den Kulturhaushalt vorzunehmen.

(D) Das führte wiederum dazu, daß sich die Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD konzentrieren konnten auf einige Schwerpunkte, die wir als Korrektur zum Haushaltsentwurf der Landesregierung dann auch erfolgreich durchgesetzt haben.

Herr Blömer, noch ein zweiter Punkt muß richtig gestellt werden: Aus den Mitteln des Kulturhaushaltes werden nimmermehr Musicals und die von Ihnen angeprangerten Kommerzveranstaltungen finanziert. Das hatten Sie beim letzten Mal hier schon wieder falsch in Ihrem Antrag formuliert und verbreitet. Dem widerspreche ich öffentlich.

Daß es eine resignative Stimmung unter den Kulturschaffenden, unter den Künstlerinnen und Künstlern und bei den Kulturinstituten Nordrhein-Westfalens gäbe, vermag ich nicht wahrzunehmen. Fakt ist sicherlich, daß alle Beteiligten sich zu Recht einsetzen, um die Mittel zu halten bzw. zu erhöhen, um zwar da, wo sie es für nötig halten. Das ist ihr gutes Recht. Aber resignativ sind sie nicht. Sie sind vielmehr kämpferisch. Sie sind - das ist auch eine Beobachtung - auch angeregt

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

(A) worden durch die intensive Diskussion um eine regionale Kulturpolitik und Kulturförderung im Lande.

Da, wo es uns gelungen ist, einvernehmlich, kollegial und in einer guten Atmosphäre - das hättest du sagen sollen, Jarka; du wolltest uns loben - Korrekturen vorzunehmen, will ich ein bißchen entlanggehen.

Herr Blömer, es kann nicht von Übel sein, daß es manchmal Unterschiede gibt in der politischen Einschätzung zwischen den Koalitionsfraktionen oder zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Ministerin und dem Ministerium. Das ist normal. Es kommt nur darauf an, wie man das austrägt und ob man es so bewertet, wie Sie es gemacht haben.

Wir haben die Rücknahme der Mittelzuweisungen an die Kultursekretariate erreicht. Das wollten wir so. Es entspricht auch der Koalitionsvereinbarung, daß die Kultursekretariate - fast als einzige Kulturinstitution - ausdrücklich erwähnt werden und auch nach der Vereinbarung gestärkt werden sollen. Wir sehen in den Kultursekretariaten ein wichtiges Vernetzungs- und Kooperationsinstrument und möchten das auch weiterhin in seiner Wirksamkeit gestärkt wissen. Deswegen fanden wir die Kürzung nicht plausibel.

(B)

Daran hängen durchaus mittelbar Stellen; denn schließlich werden mit den Gemeinschaftsprojekten der Kultursekretariate Wuppertal und Gütersloh ja Akteure von freien Theatern in einer zahlreichen Weise gefördert. Sie sind existentiell darauf angewiesen, daß sie über diese Sekretariate an die Mitgliedstädte vermittelt werden. Gerade im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters - was uns auch wesentlich ist - werden Angebote in Städte transportiert, die sonst gar nicht gemacht werden könnten.

Insofern ist gerade mit den Kultursekretariaten auch vieles im Lande abgedeckt, was kommunal sonst nicht abgedeckt würde, z. B. bei den kleineren Gemeinden. Bei der jetzigen Haushaltsslage ist es durchaus wesentlich, daß über Gemeinschaftsprojekte auch qualitativ wertvolle und innovative Zeichen gesetzt werden, z. B. über Veranstaltungsreihen im Bereich der bildenden Kunst. Auf diese Weise werden auch wieder Künstlerinnen und Künstler gefördert. Man kann im Grunde sagen, daß in diesem Mittel "Kultursekretariat" etwas steckt: Da wird Grund-

versorgung auf einem hohen Niveau gesichert, da werden Künstlerinnen und Künstler gefördert, und da werden bestimmte Defizite im Lande abgedeckt, die sonst da wären. Insofern sind wir froh darüber, daß es uns gelungen ist.

(C)

Zur CDU sagen wir aber an dieser Stelle: Sie wollten die Rücknahme der Kürzung bei den Mitteln für die Kultursekretariate aus einem anderen Bereich, der als neues Instrument für Vernetzung und Kooperation aufgebaut wird, herausholen. Das ist nicht glaubwürdig.

(Zuruf des Richard Blömer [CDU])

Entweder sind Sie für diese Philosophie, die wir zur Regierungslinie gemacht haben, nämlich Kooperation und Vernetzung, oder Sie sind es nicht. Wenn Sie dafür sind, können Sie nicht das eine auf Kosten des anderen machen.

Die Titelgruppe Frauenkultur ist uns wichtig. Sie ist nach der Koalitionsvereinbarung auf hohem Niveau eingeführt worden. Wir sind entschlossen, kulturpolitisch alles zu tun, Herr Blömer, nicht etwas Neues zu machen, sondern da weiterzumachen. Sie haben vorhin gefragt: Wo sind denn die Neuigkeiten? - Ich denke, die Verstetigung ist ein ganz wesentliches Merkmal von vernünftiger und intelligenter Politik. Das machen wir hier. Wir haben festgestellt, daß diese Frauenkultur

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

- ich habe so wenig Zeit, meine Lieben; ich muß mich beeilen - konzeptionell im Ministerium so vernünftig angefaßt wird, daß Schwerpunkte gesetzt werden. Der Schwerpunkt, der 1998 gestartet wurde, nämlich "Frauen in der Musik", geht auf ein Thema zu, das wirklich deutlich macht, wie die Ungleichheiten in der Kultur aussehen. Wir müssen dringend bei der Förderung von Dirigentinnen und Komponistinnen anfangen, denn in diesen Feldern beträgt der Anteil von Frauen nur sage und schreibe 3 %. Deswegen ist es sehr wichtig, da anzusetzen. Wir finden die Schwerpunktsetzung vom Grundsatz her richtig.

Die Erhöhung für die Bibliotheken ist uns wesentlich. Wenn wir den Anschluß an das multimediale Zeitalter auch für die Bibliotheken oder, wie meine Kollegin Brigitte Herrmann immer zu sagen pflegt, die "geistigen Tankstellen", wollen, die als öffentliche Einrichtung für alle zugänglich sind, dann dürfen wir da nicht weiter kürzen, dann

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

(A) müssen wir diesen Ansatz halten. Das ist ein wichtiges Signal.

Ich mache jetzt nicht mit den vielen guten Dingen weiter, die meine Kollegin schon genannt hat. Ich bestätige sie einfach nur.

Ich möchte aber noch eine Fragestellung aufwerfen, und zwar mit Blick auf die Landeskulturförderung unter Heranziehung der Kulturwirtschaftsberichte. Welche Konsequenzen wären daraus zu ziehen? In der Rede der Ministerin auf dem Kulturwirtschaftstag in Essen am 31. August 1998 hat sie unterstrichen, daß Kulturwirtschaft als relevanter Sektor überhaupt ohne den öffentlich geförderten Kulturbetrieb nicht denkbar wäre. Die öffentliche Kulturförderung habe eine Vorhaltefunktion für die Kulturwirtschaft. Das kann ich nur bestätigen. Wenn also Frau Brusis fördert, dann betreibt sie auch immer gleichzeitig das Geschäft des Wirtschaftsministers.

(Richard Blömer [CDU]: Das ist ja das Fatale!)

(B) - Ich betone das in einer ganz bestimmten Absicht, Herr Blömer. Was kann der Wirtschaftsminister für uns tun? Wenn wir etwas für die Wirtschaft tun, ist das die Frage, die sich stellt. Es ist eine Frage an Herrn Steinbrück, es ist eine Frage an Herrn Clement, der in seiner Person ja auch immer deutlich macht, wie wichtig ihm der Medienstandort Nordrhein-Westfalen ist. Und Medienwirtschaft und Kulturwirtschaft gehören durchaus zusammen.

Wir sagen an beide, an Herrn Steinbrück und Herrn Clement, gewendet: Investieren Sie in die Förderung von Selbständigkeit bei Künstlerinnen und Künstlern! Legen Sie Start-Programme für diese Gruppen auf! Setzen Sie sich dafür ein, daß der Kulturhaushalt mindestens auf dem Niveau bleibt, das er zur Zeit hat; denn es darf in Ihrem eigenen Interesse keine Kürzungen geben.

Zum Schluß ein Wort zur Förderung der Erinnerungskultur. Wir haben uns mit einem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch im Kulturausschuß beschäftigt, der sich die Förderung der Arbeit der NS-Gedenkstätten vorgenommen hat und deren Bedeutung herausstreicht. Der Beschluß ist federführend beim Schulausschuß gefaßt worden. Das war deswegen konsequent, weil die Anbindung der NS-Gedenkstätten bei der Landeszentrale für politische Bildung liegt, die

wiederum in die Zuständigkeit des Ministeriums für Schule und Weiterbildung gehört.

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Das absurde Schauspiel, das die CDU uns zu diesem Thema geboten hat, besteht darin, daß sie die Förderung der NS-Gedenkstättenarbeit - denn darum geht es in unserer parlamentarischen Initiative - davon abhängig gemacht hat, daß in diesem Kontext auch an das Unrecht erinnert wird, das von der Staatsmacht der ehemaligen DDR ausgegangen ist.

(Richard Blömer [CDU]: Ist das denn falsch?)

Wir verwehren uns gegen jede Gleichsetzung der NS-Gewaltherrschaft mit anderen Unrechtssystemen. Die Gleichsetzung entsteht politisch gewollt oder ungewollt, wenn wir den Holocaust mit anderen Unrechtstatbeständen und anderen Ereignissen zu anderen historischen Epochen verknüpfen.

Wir Grünen sagen dagegen: Es gibt nichts mit Ausschwitz Vergleichbares für uns Deutsche. Deshalb darf es auch keine Schlußstrich-Politik in Deutschland geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Wir dürfen uns nicht auf eine rein symbolische Erinnerungskultur verlassen. Wer die Errichtung des Holocaust-Mahnmals unterstützt, aber nicht die historisch-politische gegenwartsbezogene Bildungsarbeit und Mahnarbeit der Gedenkstätten unterstützt, der setzt sich allerdings dem Verdacht aus, daß er das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte entsorgen möchte.

Unser Ministerpräsident hat in der Auseinandersetzung über das Holocaust-Denkmal die bedenkenswerte Position bezogen, daß das Holocaust-Mahnmal in Berlin zugunsten der aktiven Unterstützung der tatsächlichen Opfer- und Täterstätten verzichtbar sei. Ich nehme ihn hier beim Wort. Sorgen Sie, Herr Ministerpräsident dafür, daß in "Stalag 23" bei Bielefeld, der Ort, von dem aus die Zwangsarbeit für Kriegsgefangene aus dem Osten über das heutige Gebiet von NRW organisiert wurde, in dem selbst 65 000 Menschen an den Folgen der Gefangenschaft verstarben, nicht nur ehrenamtlich eine Dokumentationsstätte arbeiten kann.

Sorgen Sie mit dafür, Herr Clement, daß die Villa ten Hompel in Münster, ein Schreibtischtäterort

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) für den Einsatz von Hitlers willfährigen Helfern im Bereich der mittleren Verwaltungsebene, der Ordnungspolizei und der Finanzverwaltung, auch in der anvisierten Perspektive einer überregional bedeutsamen Dokumentations-, Forschungs- und Bildungsstätte arbeiten kann!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Brusi.

Ilse Brusi¹⁾, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen!

"Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Kulturlandschaft, die in Europa keinen Vergleich scheuen muß. Ich wünsche mir einen intensiven Diskurs darüber, wie wir Nordrhein-Westfalen auch im kulturellen Bereich einen europäischen Spitzenplatz sichern und wie Kunst und Kultur unser Land voranbringen können."

So die Worte von Ministerpräsident Clement in der Regierungserklärung vom 17. Juni dieses Jahres.

- (B) Wer sich in den unterschiedlichen kulturellen Szenen umsieht, aber auch die öffentlichen Debatten verfolgt, weiß: Der Diskurs über das Wie ist an vielen Stellen eröffnet. Unstrittig ist: Kultur schafft Identität, individuelle, gesellschaftliche Identität, regionale Identität. Auf deren grundsätzliche Bedeutung will ich hier nicht weiter eingehen.

Unstrittig ist auch: Kultur braucht Kreativität, die sich nicht verordnen läßt. Ich sehe es also als wesentliche Aufgabe nordrhein-westfälischer Kulturpolitik an, in gemeinsamer Anstrengung mit allen Beteiligten die Rahmenstrukturen und Freiräume für die Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und zu verbessern.

Das kann im einzelnen sehr unterschiedlich aussehen. Beispiele bieten die gemeinsamen Aktivitäten mit Kommunen und Regionen, die in Nordrhein-Westfalen bereits Tradition haben. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.

Ich habe aber auch keine Scheu vor neuen Partnerschaften, zum Beispiel vor einer Kooperation

mit der Wirtschaft, um Vorhaben im Bereich von Kunst und Kultur zum Durchbruch zu verhelfen.

(C)

Erfolgreiche Kulturpolitik gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung heißt, den Diskurs auf vielen Ebenen zu führen und voranzutreiben, heißt, Chancen auszuloten und zu ergreifen, wo sie sich bieten, und Nordrhein-Westfalen so als Kulturlandschaft hervorzuheben - im Bund im Vergleich mit den Ländern und in Europa im Vergleich der Regionen.

Ich werde mich weiterhin für die Vertiefung des internationalen Austausches insbesondere in Europa einsetzen. Ich erhoffe mir positive Effekte für Nordrhein-Westfalen durch den Bedeutungszuwachs, den die Kultur auf Bundesebene erhalten hat. Erste Gespräche mit Staatsminister Naumann bestätigen dies.

Ich denke, es liegt an den Ländern, ihre verfassungsmäßig garantierte Kulturhoheit auch in Zukunft wahrzunehmen. Angesichts der vielfältigen kulturellen Stärken unseres Landes bin ich optimistisch, daß dies gelingt.

Der Kulturhaushalt 1999 bietet dafür insgesamt gute Voraussetzungen. Er entspricht in wesentlichen Teilen den Ansätzen des zu Ende gehenden Jahres, und er weist an einigen Stellen sogar Verbesserungen aus. Hier will ich ausdrücklich das unterstreichen, was Frau Kollegin Schumann gesagt hat: Ich glaube, für unsere Kultureinrichtungen und Künstler im Lande ist im Augenblick nichts so wichtig wie Kontinuität. Wenn ich mich richtig erinnere, ist hier auch von der Opposition schon ein paarmal der Vorwurf erhoben worden, wir fingen Neues an und ließen Altes zugrunde gehen. Herr Blömer, da widersprechen Sie sich nun ein bißchen mit Ihrem heutigen Diskussionsbeitrag. Ich bin daran interessiert, daß wir in unserem Lande das erhalten, was eine hohe Qualität hat, und ihm Kontinuität und Verlässlichkeit geben.

(D)

Der Haushalt 1999 ist von zwei kulturpolitischen Leitlinien bestimmt:

Erstens. Haushaltskonsolidierung darf die Substanz nicht in Frage stellen; das heißt Konzentration auf wesentliche Projekte, es heißt Qualität vor Quantität.

Zweitens. Die Erhöhung von Ansätzen muß aus kulturpolitischer Sicht sinnvolle Akzentsetzungen bewirken, also mehr sein als nur Einzelfall, das

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) heißt Impulse setzen, kulturpolitisch Flagge zeigen. Diesem Anspruch wird insbesondere der Umbau des Ständehauses in Düsseldorf gerecht, und zwar in dreifacher Hinsicht: durch den Erhalt eines denkmalwerten Gebäudes, als zweiter Standort für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen und als künftiges Identifikationsmerkmal der Landeshauptstadt und Nordrhein-Westfalens über nationale Grenzen hinweg. Die Erhöhung des Ansatzes von 3 auf 25 Millionen DM entspricht der ersten Baurate für dieses Projekt.

Neben der Verantwortung für die eigenen Einrichtungen unterstützt das Land natürlich auch weiterhin kommunale Kultureinrichtungen. Hier ist es gelungen, alle Fördersätze auf dem Vorjahresniveau zu halten und in einzelnen Fällen sogar zu erhöhen. Gleiches gilt für die Förderung des kommunalen Museumsbaus und für die Landestheater.

Die Förderung der kommunalen Theater zählt ebenso zu den Bereichen, in denen wir die Mittel erhöht haben, nämlich um 1,28 Millionen DM. Dies kommt im wesentlichen den kommunalen Theatern zugute. Die Förderung der Privattheater bleibt unverändert.

(B) Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine Bemerkung zu dem Bereich Kinder- und Jugendtheater einschieben, Herr Blömer. Wir haben in diesem Jahr die Haushaltsansätze für die Kinder- und Jugendtheater erfreulicherweise erhöhen können, weil diese auch mir in besonderer Weise am Herzen liegen und weil ich die schwierigen Arbeitsbedingungen an diesen Theatern kenne. Aber wir sind insgesamt nicht in einer Haushalts-situation, die es uns ermöglichen würde, in jedem Jahr die Ansätze zu erhöhen.

Die Grundsanierung des Hauptstaatsarchivs wird fortgesetzt. 1999 stehen 4,6 Millionen DM für die Fassadenerneuerung und die Installierung raumtechnischer Anlagen zur Verfügung.

Die regionale Kulturpolitik - die auch ein Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung ist, mit der wir einen erfolgreichen Weg eingeschlagen haben - bleibt auch mit der Mittelreduzierung um ca. 900 000 DM arbeits- und handlungsfähig. Das ist deshalb besonders wichtig, weil wir mit der regionalen Kulturpolitik Impulse gegeben haben, die von den Kulturschaffenden in weiten Teilen des Landes aufgenommen wurden. Regionale Profile und Leitbilder wurden erarbeitet. Regional gepräg-

te Projekte und Initiativen stehen an der Schwelle zur Umsetzung. (C)

Natürlich werden wir diese Projekte weiter unterstützen und fördern. Ich habe mich sehr gefreut, Frau Kollegin Düttmann-Braun - Sie waren bisher eine der heftigsten Kritikerinnen der regionalen Kulturpolitik -, daß Sie neulich bei einem Besuch der Regionalstelle im Münsterland betont haben, daß unsere regionale Kulturpolitik das Münsterland vorangebracht hat. Sie haben recht.

Regionale Kommunikation und Kooperation, meine Herren und Damen, beginnt sich in den Köpfen als eine Chance, als eine erfolgversprechende Option im Instrumentarium der Kulturarbeit vor Ort durchzusetzen. Wir stehen hier erst am Anfang einer Entwicklung, deren kulturpolitische Möglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

Zukünftig wird es darum gehen, die kulturelle Infrastruktur weiter zu optimieren, und zwar durch die Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen mit den Einrichtungen anderer Aufgabengebiete, durch die Suche nach neuen Wegen der Finanzierung, nach neuen Bündnispartnern der Kultur. Ich glaube, der Erfolg wird maßgeblich vom gemeinsamen Handeln in regionalen Zusammenhängen abhängen. Auf diesem Weg wird die Landesregierung den Akteuren in den Regionen mit der regionalen Kulturpolitik als verlässlicher und hilfreicher Partner zur Seite stehen. Ich füge hinzu: Hier hat auch die Städtebauförderung der Kultur in vielen Fällen hilfreich zur Seite stehen können. (D)

Zu den Feldern, in denen die Ansätze dank der Beschlüsse des Kulturausschusses gehalten bzw. erhöht wurden, zählen die Kultursekretariate, die Bibliotheken, die Landesmusikakademie in Heek, die privaten Musikschulen und die Frauenkulturförderung. Damit konnten schmerzliche Kürzungen bei laufenden und geplanten Programmen und Projekten dieser Institute vermieden werden.

Erfreulich ist auch der hohe Stellenwert, den der Kulturausschuß dem internationalen Kulturaustausch und der individuellen Künstlerförderung mit der Erhöhung des entsprechenden Ansatzes um 110 000 DM beimißt.

Der Kulturhaushalt - das sage ich abschließend - für das Jahr 1999 steht auf einer soliden Finanzbasis. Er spiegelt die zentralen Anliegen nordrhein-westfälischer Kulturpolitik wider. Mit dem

(Ministerin Ilse Brusis)

- (A) Engagement aller Beteiligten wird er dazu beitragen, die besondere Rolle Nordrhein-Westfalens als Kulturregion in Europa zu unterstreichen.

Ich möchte nicht enden, ohne den Kulturschaffenden und den im Kulturbetrieb Tätigen für ihren hohen Einsatz für das Kulturland Nordrhein-Westfalen meinen besonderen Dank auszusprechen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es gibt zu diesem Bereich keine weiteren Wortmeldungen.

Ich rufe auf:

e) Sport

Ich erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Dr. Schraps das Wort.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis beginne ich mit einem Zitat aus einem Brief des LSB-Präsidenten Winkels. Er schreibt:

- (B) "Ich werde in meinen Bemühungen nicht nachlassen, die Staatszielbestimmung Sport in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung und die Bedeutung des Sports als Querschnittsaufgabe im öffentlichen Bewußtsein wachzuhalten. Wir werden die unverzichtbare Ehrenamtlichkeit stärken, wichtige gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen."

Und nun kommt der entscheidende Satz:

"Dazu braucht es Klugheit des Denkens, den Mut zur klaren Sprache und die Kraft zum Handeln."

Möge dem Landessportbund dieser Weg zugunsten des Sports gelingen, denn im Lande, meine Damen und Herren, in der Landesregierung hat Sport nicht den ihm zustehenden Stellenwert, nicht die ihm zustehende Lobby und Sensibilität für die größte Bürgerinitiative dieses Landes. Es wird in unserem diesjährigen Haushalt, im Haushalt 1999 ganz deutlich sichtbar: Der Sporthaushalt 1999 beträgt knappe 0,2 % des Gesamthaushalts und erfährt auch in diesem Jahr keine

(C) Aufwertung. Meine Damen und Herren, in den Kommunen selbst mit Haushaltskonsolidierungsetats sind die Ansätze bei weitem höher.

In Festreden wird von den Landesvertretern immer wieder auf die unersetzliche Bedeutung des Sports als Lebensbegleiter der Menschen hingewiesen. In der Tat sind die Sportverbände und -vereine ein sehr starker Teil des sozialen Netzes in unserem Land. Diesen Sport zu stützen, zu schützen und zu sichern müßte eigentlich die dringlichste Aufgabe dieser Landesregierung sein. Gerade Sport braucht in finanziell schweren Zeiten eine Schwerpunktbildung mit ausreichender Förderung. Diese Schwerpunktbildung, meine Damen und Herren, ist im Landeshaushalt Sport nicht vorhanden. Die Gestaltung einer offensiven Sportpolitik ist nirgendwo zu erkennen.

Soll Sport gestützt werden, soll die hervorragende Arbeit unserer Verbände und Vereine auch in Zukunft bestehen bleiben, dann ist hier politisches Handeln erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

(D) Ganz sicher sind die Sportvereine in der Lage, ihr Überleben zu sichern und sich den neuen Wegen der Zeit und der Gesellschaft zu stellen. Aber noch wird diese Arbeit zu einem hohen Prozentsatz von Menschen geleistet, die dies freiwillig im Ehrenamt tun. Hier setzt die politische Verantwortung ein. Hier genügt es also nicht, in Sonntagsreden zu versuchen, dem ehrenamtlichen Engagement einen neuen Glanz zu geben. Es geht um die Anerkennung der Verdienste des Ehrenamtes. Es geht um Milliardenbeträge, die, müßten wir sie bezahlen, den Sport unbezahlbar machen.

Sicher ist die Verleihung einer Sportplakette oder die Verankerung eines ehrenamtlichen Engagements im Schulzeugnis ein Anfang, ein Fortschritt. Aber um die soziale Qualität des Vereins- und Verbandslebens Sport zu sichern, muß sich die Landesregierung Schwerpunktaufgaben setzen, auch in finanzieller Hinsicht.

Ich sehe dazu im Haushalt keinerlei Ansatz. Es sei denn, Sie geben 23 Millionen DM zur Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen als ausreichende Position an. Dies bedeutet - das habe ich an diesem Platz schon mehrfach gesagt - einen Zuschuß von rund 3,85 DM pro Übungsstunde pro Übungsleiter. Hier ist eine Fördererhöhung für den Verein lebensnotwendig.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

(A) Leider sind Sie unserem Antrag, eine Aufstockung wenigstens um 2 Millionen DM mitzutragen, in diesem Jahr wieder nicht gefolgt. Eine Erhöhung würde eine Verringerung des Konkurrenzdrucks bieten, in dem die Sportvereine zu anderen Anbietern wie VHS, Familienbildungsstätte und Krankenkasse stehen, die im übrigen Stundenlöhne von 28 bis 40 DM zahlen können. Am Ende stehen unsere Vereine. Denen werden nämlich die Übungsleiter abgeworben, die sie vorher ausgebildet haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Vereinsarbeit gehört auch der Unterhalt von Sportstätten. Diese sind Grundvoraussetzung für fast jede Sportart. Hierauf sollte ebenfalls eine besondere Schwerpunktaufgabe der Landesregierung liegen, und ich befürchte, daß das langsam verminderte Sportstättenangebot zu einem Engpaß in der weiteren Entwicklung des Sportes führt.

Wenn Sie sich die Bestandserhebung 1998 des DSB ansehen, stellen Sie fest - und das können wir mit Freude unterstreichen -, daß in den letzten zehn Jahren ein enormer Anstieg an Mitgliederzahlen zu verzeichnen ist und daß auch die Anzahl der Vereine von 18 000 auf über 20 000 angestiegen ist. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, sie führt aber auch vor Ort zu sehr großen Sportstättenproblemen, die bei der außerordentlich schwierigen finanziellen Situation der Kommunen nur in ganz enger Zusammenarbeit mit dem Land und dessen starker finanzieller Unterstützung gemeistert werden können. Dies ist nicht nur eine sportpolitische Forderung, sondern auch eine Forderung aus gesundheits-, jugend- und arbeitsmarktpolitischer Sicht.

Nordrhein-Westfalen hat zwar in den Jahren bis 1975 eine relativ gute Sportstättensituation geschaffen, aber seitdem ist leider versäumt worden, den inzwischen enormen Sanierungsbedarf unserer Sportstätten mit Hilfe des Landes abzuarbeiten. An dieser maroden Situation hat sich in den letzten Jahren nichts geändert. Allerdings - das hat sich geändert - mußten inzwischen noch mehr Städte und Gemeinden ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, und sie sind kaum mehr in der Lage, ohne die finanzielle Unterstützung des Landes ihre Sportstätten zu sanieren.

Die Folge sieht so aus: In den kommenden Jahren werden noch mehr Sportstätten dem Schul- und Breitensport durch Schließung entzogen. Wir ha-

ben auf diesem Gebiet - ich habe es schon einmal gesagt - einen ganz enormen Handlungsbedarf, aber leider laufen wir bei unseren dringlichen Anträgen, hier Abhilfe zu schaffen, immer wieder ins Leere. Ich bitte herzlich darum, darüber einmal nachzudenken.

Wir sehen auch mit ganz großer Besorgnis die Streichung von 3 Millionen DM im Sportstättenbau und fordern Sie auf, diese Streichung zurückzunehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ferner darauf hinweisen, daß eine Kürzung der Zuschüsse für den Bau von Sportstätten bei Sportvereinen und Sportverbänden stattgefunden hat. Der Ansatz für 1999 beträgt 7,3 Millionen DM. Wir fordern Sie auch hier auf, unserem Antrag zu folgen, der hier eine Aufstockung um 4 Millionen DM vorsieht, um wenigstens auf das Ist-Ergebnis von 1997 zurückzukehren, zumal der Haushaltsansatz für das Jahr 1999 durch Verpflichtungen aus dem Vorjahr in Gänze gebunden ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Schulsport als staatliche Aufgabe. Hier, meine Damen und Herren, spielt sich wirklich mancherorts ein Drama ab. Dieses Land schreibt drei Stunden Schulsport pro Woche fest, ohne garantieren zu können, daß diese Forderung erfüllt wird. Es gibt keine verlässlichen und realistischen Daten über tatsächlich erteilten Schulsport, aber es gibt Klagen von Eltern und Ärzten. Ich denke, daß wir hierüber an anderer Stelle - meine Redezeit ist jetzt leider zu kurz - dringlichst noch einmal sprechen müssen.

Der Sport in Nordrhein-Westfalen leidet an vielen Stellen, und ich bin froh, daß ihn die Vereine noch so aufrechterhalten. Es geht ihm an vielen Stellen nicht gut. Das sehen wir zum Beispiel an einem Ereignis der letzten Tage - lassen Sie mich diese These noch einmal untermauern -: Ich spreche vom Pferderennsport in Nordrhein-Westfalen. Ich bedauere es sehr, daß Frau Ministerin Höhn nicht anwesend ist. Aber es ist Sport! Es gehört zu unserem Bereich, wenn auch im Landwirtschaftsministerium angesiedelt.

Die Koalition hat am 8. Dezember im Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags eine Kürzung des Anteils der Rennvereine an der Totalisatorsteuer beschlossen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen allein sieben Galopprennvereine. Übrigens: Die Mär, daß in Krefeld keiner mehr existiere, stimmt nicht; auf dieser Grundlage wurde die-

(C)

(D)

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

(A) ser Antrag angeblich eingebracht. Die Lage dieser Rennvereine ist seit Jahren bedingt durch Umsatzrückgang sehr schwierig, so daß eine Einbuße von 574 000 DM - dies wurde kurzfristig errechnet - durch die vorgesehene Kürzung der Steuer-rückerstattung um 3 % außerordentlich fatale Auswirkungen hätte.

(Horst Vöge [SPD]: Kürzen Sie doch die 10 % für die Buchmacher!)

- Also, wenn Sie eine Ahnung davon haben, dann sprechen Sie doch mit!

(Horst Vöge [SPD]: Ich habe mehr Ahnung als Sie!)

- Das ist fein! Wir können uns später einmal darüber unterhalten. - Ich möchte folgendes gerne sagen: Neben den sportlichen Auswirkungen müßte eine erhebliche Anzahl der Rennvereine die Pforten schließen, und in diesem Zusammenhang muß ich auch erwähnen, daß die finanziellen Auswirkungen auf das Land im übrigen größer sind als die 3 % Ersparnis.

(Zuruf des Horst Vöge [SPD])

- Natürlich! Ich denke, Sie sollten einmal mit den Rennvereinen sprechen. - Sie werden dann ganz sicher ---

(B)

(Horst Vöge [SPD]: Das habe ich!)

- Das können Sie eigentlich nicht getan haben, denn nach den Briefen, die wir von den Rennvereinen erhalten haben, sind sie absolut entsetzt. Sie werden mit dem Verlust von rund 20 000 Arbeitsplätzen rechnen müssen, und Sie werden bei den 600 Zuchtbetrieben eine außerordentlich hohe Einbuße hinnehmen müssen.

(Horst Vöge [SPD]: Panikmache!)

Und vor allem - das sage ich jetzt aus Krefelder Sicht - werden die Kommunen wieder belastet, denn eine stillgelegte Rennbahn muß weiterhin erhalten bleiben und wird in der Hand der Kommune erhalten werden müssen. Das sind ungeheure Kosten, die auf diese Kommunen zukommen. Bitte sprechen Sie erst einmal mit Betroffenen!

(Horst Vöge [SPD]: Habe ich!)

Zum Schluß möchte ich den Verlust eines Freizeitangebotes für viele Menschen ansprechen. Ich habe - ich weiß, daß die Kürzung ein Koalitionsbeschluß ist - immer das Gefühl, dieser Antrag

(C) sei aus einem Neidkomplex geboren, weil man glaubt, daß Pferdesport ein elitärer Sport sei und nur elitäre Bevölkerungsschichten anspreche.

(Horst Vöge [SPD]: Nein!)

Ich kann Ihnen nur raten: Gehen Sie einmal zur Rennbahn, und schauen Sie sich einmal die Menschen an, die dort hingehen. Ihr Beschluß ist eine wirklich gewollte Beschädigung des Rennsportes - und dies, meine Damen und Herren, geschieht im Pferdeland Nordrhein-Westfalen! Haben wir nicht auch ein Pferd in unserem Landeswappen? - Nehmen Sie es lieber heraus!

(Horst Vöge [SPD]: Aber kein Rennpferd!)

- Das definieren Sie so!

Leider muß ich zum Schluß kommen. Frau Ministerin, ich muß noch einmal daran erinnern, daß der Sport seit 1992 auf Initiative der CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen zum Staatsziel geworden ist. Wenn Sie den stagnierenden Sporthaushalt trotz der steigenden Mitgliederzahlen betrachten, stellen Sie fest, daß die Landesregierung weit davon entfernt ist, dieses Staatsziel zu erreichen. Wir werden deshalb den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Frau Kollegin Berger für die SPD-Fraktion.

Heidi Berger (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Landessportplan für das Jahr 1999 beweist erneut den hohen Stellenwert, den der Sport in Nordrhein-Westfalen hat.

(Heinz-Helmich van Schewick [CDU]: Hat-
tel!)

Der Landessportplan umfaßt für das Jahr 1999 ein Gesamtvolumen von rund 181 Millionen DM.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: 0,2 %!)

- Daran kann man das nicht immer messen, Frau Dr. Schraps.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: O doch!)

Er ist allerdings gegenüber 1998 mit einem Minus von 1,83 % leicht gesenkt worden. Nicht eingerechnet in diese 181 Millionen DM sind weitere

(Heidi Berger [SPD])

- (A) 51 Millionen DM - die von der Opposition meistens nicht erwähnt werden -, die dem Landessportbund aus Einspielergebnissen der Lotterien für seine Aufgaben jährlich zur Verfügung gestellt werden. Das sind Einnahmeverzichte des Landes. Ohne diese zusätzlichen Mittel könnte der Landessportbund wesentliche Aufgaben nicht oder nicht mehr in vollem Umfang wahrnehmen.

Trotz schwieriger Zeit, in der wir in vielen Bereichen erheblich einsparen mußten, ist es gelungen, für den Sport wichtige Haushaltspositionen in ihrer Höhe zu erhalten. Dies gilt insbesondere auch für die Förderung der Übungsarbeit in den Vereinen. Auch im nächsten Jahr stehen dem organisierten Sport hierfür 23 Millionen DM zur Verfügung.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: 3,83 DM!)

- Frau Schraps, es handelt sich um ehrenamtliche Arbeit. Diese Zuschüsse für die ehrenamtliche Arbeit sind, wie ich denke, für die Sportvereine eine Hilfe, die dort auch durchaus anerkannt wird.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Dann machen wir alles im Ehrenamt!)

- (B) Uns war es besonders wichtig, daß diese Position voll erhalten bleibt, daß dort also keine Abstriche gemacht werden.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Das wäre ja noch schöner!)

Diese Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit ist eine wichtige Grundlage unter anderem auch für die hervorragende Breitensportentwicklung in unserem Land.

Der soziale Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden wird vielfach durch die Sportvereine vor Ort geprägt. Sie leisten mit ihrem Angebot einen wesentlichen Beitrag für die Gesundheit der Menschen. 1994 haben wir deshalb in den Haushaltsberatungen auf Antrag der SPD-Fraktion diese Position um 4 Millionen DM auf den heutigen Stand angehoben. Damals hat, Frau Dr. Schraps, die CDU-Fraktion übrigens nicht mitgemacht. Sie hat unseren Anträgen im Ausschuß nicht zugestimmt. Wäre das damals nicht geschehen, wären dem organisierten Sport bis heute über die vier Jahre bereits 16 Millionen DM entgangen.

(C) Zu den 23 Millionen DM, die dem Sport für die Übungsarbeit direkt zufließen, kommen noch 2,4 Millionen DM, die im Gemeindefinanzierungsgesetz veranschlagt sind, hinzu. Auch Sie sollen an die Sportvereine weitergeleitet werden.

Wir freuen uns, daß die Landesregierung 100 000 DM für das Jahr des Schulsports in den Haushalt eingesetzt hat. Für das Schuljahr 1999/2000 soll gemeinsam mit dem Landessportbund ein Jahr des Schulsports vorbereitet und durchgeführt werden. Das entspricht auch dem Willen des Parlaments, das hierzu den Anstoß gegeben hat.

Ein solches Jahr mit seinen Veranstaltungen und Aktionen soll die Notwendigkeit der Bewegungs-, Spiel- und Sporterziehung für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen einmal verstärkt in den Mittelpunkt rücken. Hier ist auch die Gelegenheit, neue Ansätze im Schulsport vorzustellen und bei allen am Schulleben Beteiligten für die Unterstützung des Schulsports zu werben. Wir gehen davon aus, daß die Planungen dem Sportausschuß Anfang des Jahres 1999 vorgestellt werden.

(D) Weitere 100 000 DM sind neu in den Sporthaushalt eingestellt worden: für die Umsetzung des Handlungsprogramms "Ehrenamt im Sport". Auch hiermit wird eine wichtige zusätzliche Hilfe den Ehrenamtlichen gegeben. Es geht darum, gemeinsam mit dem Landessportbund weitere Arbeitshilfen zu entwickeln, um den Ehrenamtlichen in den Vereinen ihre vielfältigen Aufgaben zu erleichtern.

Mit den Haushaltsmitteln für das Programm "Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport" werden vor allen Dingen solche Projekte unterstützt, die sich an Mädchen und Frauen wenden, die besondere Beeinträchtigungen beim Zugang zum Sport haben.

Auch der Leistungssport wird im nächsten Jahr mit gleichen Mitteln wie im Jahr 1998 gefördert. Hier sind vor allem die Zuschüsse zu den Betriebskosten der Olympiastützpunkte und Leistungszentren, die Maßnahmen der Talentsichtung und -förderung, die D-Kader-Untersuchungen einschließlich der Dopingkontrollen zu nennen.

(Heidi Berger [SPD])

(A) Für die Unterstützung von sportlichen Großveranstaltungen sind für das nächste Jahr ebenfalls wieder Haushaltsmittel in gleicher Höhe eingestellt worden.

Die gesundheitsorientierten Sportprogramme werden kontinuierlich weitergefördert. Hier sind vor allem die Herzsportgruppen, "Sport bei Diabetes" und "Sport in der Krebsnachsorge" aufzuführen.

Auch der hohe Stellenwert des Behindertensports in Nordrhein-Westfalen findet durch weitere kontinuierliche Förderung seinen Ausdruck.

Die Sportstätteninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist anerkanntermaßen gut ausgebaut. Trotzdem fällt auch uns die Senkung des Haushaltsansatzes für den Bau und die Modernisierung der Sportstätten der Vereine von 10,4 Millionen DM in diesem Jahr auf 7,3 Millionen DM im Jahre 1999 insbesondere im Hinblick auf den Modernisierungsbedarf im Land nicht leicht. Allerdings muß auch der Sport einen Beitrag zu den notwendigen Einsparungen leisten.

Das gilt, Frau Dr. Schraps, übrigens auch für die Rennvereine. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Senkung der Zuflüsse dort um 1,6 Millionen DM die Existenz aller Rennvereine in Frage stellt.

(B) (Zuruf der Dr. Annemarie Schraps [CDU])

Uns war es wichtig, daß die Förderung der laufenden Arbeit der Sportorganisationen keine Einschränkung erfährt. Die inzwischen 5 Millionen Mitglieder der Sportvereine in unserem Land sollen ihr Sportangebot weiter wie bisher finden. Dafür brauchen die Vereine unsere Unterstützung.

Um jedoch im nächsten Jahr zumindest weiterem dringenden Bedarf beim Sportstättenbau Rechnung tragen zu können, hat meine Fraktion beantragt, die Verpflichtungsermächtigungen für den Sportstättenbau der Vereine um 1,5 Millionen DM zu erhöhen. Ein diesbezüglicher gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen liegt Ihnen vor.

(Zuruf der Dr. Annemarie Schraps [CDU])

- In der Praxis - Frau Dr. Schraps, Sie rufen gerade "Verpflichtungsermächtigungen" - sind Verpflichtungsermächtigungen genauso wichtig wie Barmittel. Gerade für Vereine besteht so die Möglichkeit, nach Bewilligung ihrer Anträge ihre Bauprojekte ohne Druck fertigzustellen.

(C) Immerhin konnten im Bereich des Sportstättenbaus der Gemeinden die Haushaltsmittel in voller Höhe von 33 Millionen DM gehalten werden, so daß auch im nächsten Jahr für beide Bereiche mehr als 40 Millionen DM zur Verfügung stehen. Hiermit kann die Sportstätteninfrastruktur in unserem Lande weiterentwickelt werden.

Nun, Frau Dr. Schraps, zu den Anträgen der CDU-Fraktion. Ihren Anträgen konnten wir im Ausschuß nicht zustimmen. Dies hat die Verantwortung geboten, die die Regierungsfaktionen für eine solide Haushaltsführung tragen. Einen Antrag haben Sie zur heutigen Haushaltsberatung ja bereits selbst zurückgezogen. Wir finden ihn nicht mehr in unseren Unterlagen. Es handelt sich dabei um den Antrag zur Erhöhung der Übungsleiterpauschale.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, machen es sich sehr einfach. Sie verabschieden eine Wunschliste, die nicht nur den Sport umfaßt, ohne eine solide Deckung vorzulegen. Da schlagen Sie zur Deckung Ihrer zahlreichen Haushaltsanträge u. a. eine globale Minderausgabe vor. So etwas ist meines Erachtens nicht ehrlich. Sie ziehen übers Land und verteilen Ihre Wohltaten, aber wo Sie genau einsparen wollen, das sagen Sie nicht. Sie ziehen übers Land und wiegeln die Menschen in allen Bereichen, in denen eingespart oder durch Umstrukturierung der Programme und Maßnahmen mehr Zielgenauigkeit geschaffen werden soll, auf. So kann man es meines Erachtens nicht machen. Wenn Sie mehr ausgeben wollen, dann sagen Sie titelscharf, wo Einsparungen greifen sollen. Erst dann kann man über Einzelpositionen diskutieren.

(D) Doch jetzt zurück zum Sport! Der vorgelegte Sporthaushalt weist ein hohes Maß an Kontinuität auf, dies trotz schwieriger Haushaltssituation des Landes. In den wesentlichen Positionen, die die umfangreiche Arbeit der Vereine und Verbände unterstützen, wird die Förderung in vollem Umfang erhalten, in einzelnen Positionen sogar leicht ausgebaut. Dies ist auch eine Anerkennung des hohen ehrenamtlichen Engagements der vielen am Sportleben unseres Landes Beteiligten, denen ich hier noch einmal danken möchte. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Kollege Mai für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gerd Mai (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Berger hat schon die Eckpunkte dieses Haushaltsentwurfs hinreichend beschrieben. Ich will deshalb versuchen, deutlich zu machen, wo unsere Schwerpunkte gelegen haben und weiterhin liegen.

Es ist gesagt worden, daß die Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen mit 23 Millionen DM auch im nächsten Jahr konstant gehalten werden kann. Ich weiß nicht, Frau Dr. Schraps, ob Ihnen Beschwerdebriefe von der Basis, von den Sportvereinen und -verbänden vorliegen. Bei mir ist kein einziger dieser Briefe angekommen.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Das trauen die sich nicht!)

Die Briefe sollten aber vielleicht bei den Koalitionsfraktionen ankommen, weil die etwas ändern könnten. Ich sehe jedenfalls große Zufriedenheit, daß wir trotz schwieriger Haushaltslage und enger werdender Finanzspielräume die Ansätze haben weitgehend halten können, insbesondere für die mir wichtigen Schwerpunkte. Und wir haben sogar noch einige andere Schwerpunkte setzen können. Die wichtige Arbeit der Übungsleiter/innen sowie Trainer/innen in den Sportvereinen ist damit gesichert. Auch im bundesweiten Vergleich kann sich das sehen lassen, was wir an dieser Stelle tun.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Zweitens! Wir haben erstmals zwei Haushaltsansätze von jeweils 100 000 DM eingebracht, und zwar für die Umsetzung des Handlungsprogramms "Ehrenamt im Sport" und das ab 1999 laufende "Jahr des Schulsports". Dabei handelt es sich um zwei wesentliche Kampagnen, um wichtige Impulse zu setzen und wichtige Initiativen voranzubringen, um - wir haben das bei dem Projekt "Ehrenamt im Sport" schon gesehen -, hier insbesondere das Engagement von Ehrenamtlichen stärken zu können, ohne die Sport und Sporttreiben überhaupt nicht denkbar wären.

Das gleiche gilt für den Schulsport. Der Schulsport braucht Innovationen, braucht eine neue Perspektive. Das muß vermittelt werden; das

(C) muß grundgelegt werden natürlich in der Erarbeitung neuer Richtlinien und Lehrpläne für den Bereich Sport. Die Sportarten, der Sport im Unterricht, müssen sich öffnen. Dafür ist Gewähr zu tragen. Wir müssen dieses Anliegen in einer Kampagne an die Schüler/innen, an die Eltern, aber auch an die Lehrer/innen herantragen, denn Sport braucht eine Lobby in der Schule. Wir wissen, daß die Tendenz zur Autonomie in der Schule zunimmt, das heißt: Demnächst werden die Eltern, die Schüler und die Lehrer darüber entscheiden, inwieweit Sport in der Schule überhaupt noch stattfindet, wie umfangreich er dort stattfindet. Deshalb brauchen wir eine Stärkung des Faches Sport in der Schule, des Schulsports. Aus diesem Grunde ist das meines Erachtens sehr gut angelegtes Geld. Wir sollten alle daran mitwirken, diesem "Jahr des Schulsports" zum Erfolg zu verhelfen und daraus einen Prozeß zur Innovation des Sports in der Schule zu entwickeln.

Drittens. Es ist mir wichtig, daß das Thema "Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Sport" von der Landesregierung und im Landtag offensiv aufgegriffen worden ist. Die Untersuchung liegt vor. Sie ist von der Gleichstellungsministerin vorgestellt worden, aber auch die zuständige Fachministerin hat sich engagiert. Ich begrüße, daß das Thema nicht verdrängt, nicht fortgeschoben, totgeschwiegen, sondern offensiv und auch handlungsorientiert angegangen wird, damit sich in diesem Bereich etwas ändert. Wir wollen diese Arbeit im zuständigen Sportausschuß, aber auch in den anderen Ausschüssen verfolgen, begleiten und unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die letzte Anmerkung! Es ist ein wichtiges Symbol, daß es der Landesregierung gelungen ist, in der Stadt Bonn den Sitz des International Paralympic Committee anzusiedeln. Dies zeigt, daß wir uns auch für den Sport der Behinderten engagieren. Die entsprechenden Handlungsprogramme auch für den Breiten- und nicht nur für den Leistungssport sind im Haushalt etatisiert und verankert. Wir sind damit trotz enger Finanzspielräume auf einem guten Weg. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Mai. - Frau Ministerin Brusis ist schon wieder an der Reihe. Bitte schön.

Ilse Brusis¹⁾, Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bin jetzt zum letzten Mal an der Reihe. Meine Herren und Damen, am vorletzten Wochenende fand in Baden-Baden die Mitgliederversammlung des Deutschen Sportbundes statt. Das große Medieninteresse an dieser Veranstaltung hat einmal mehr unterstrichen, welche Bedeutung dem organisierten Sport und seinen Vertretungen in unserer Gesellschaft zukommt. Nicht alles, was in Baden-Baden vorgebracht wurde, hat freilich in den Medien gleichhohe Aufmerksamkeit erfahren.

Zu dem, was in der Darstellung der Medien vielleicht ein wenig zu kurz gekommen ist, zählen aktuelle Ergebnisse der letzten Strukturanalyse der Sportvereine in der Bundesrepublik. Die repräsentative Analyse stützt sich auf Angaben von über 3 000 Sportvereinen zu einem breiten Spektrum von Fragestellungen. Ich will hier nur zwei der aus meiner Sicht bemerkenswerten Ergebnisse nennen, die aber beide mit dem zu tun haben, was die Integrationskraft und den gesellschaftlichen Stellenwert des Sports wesentlich mit ausmacht:

So sind die Vereine unter anderem zu ihrem Selbstverständnis befragt worden, also den Interessen ihrer Mitglieder, die sie besonders intensiv vertreten wollen. Am häufigsten wurde genannt, daß der Verein offen für alle Bevölkerungsgruppen sein wolle.

Eine fast genauso hohe Bedeutung in der Selbsteinschätzung der Vereine hat das Ziel, die Kinder von der Straße zu holen.

Eine weitere Frage der Strukturanalyse bezog sich auf die außersportlichen Angebote der Vereine, also das, was über das gemeinsame Sporttreiben hinaus den Zusammenhalt und das menschliche Miteinander in den Vereinen begründet. Über 80 Prozent der Vereine gaben an, daß sie neben sportlichen auch gesellige Angebote vorhalten. Vier von fünf Sportvereinen also bemühen sich ausdrücklich um Gemeinsamkeit auch außerhalb der Übungsstunden.

Diese beiden Ergebnisse der aktuellen Strukturanalyse der Sportvereine unterstreichen anschaulich, daß es bei der Förderung des Sports neben sportlicher Leistung und neben wirksamer Gesundheitsförderung auch um etwas geht, das in unserer Gesellschaft zu einem knappen Gut geworden ist, nämlich um Integration, Mitmenschlichkeit, gelebte Solidarität.

Auch deshalb steht diese Landesregierung für Kontinuität in der Sportförderung! Auch deshalb sind und bleiben wir dem Sport und seinen Vertretungen verlässliche Partner! - Nicht zuletzt zeigt sich das im Entwurf des Landeshaushalts für 1999. Denn dieser Entwurf setzt die bewährten Grundlagen der Sportförderung trotz sehr schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen fort. Ich will das anhand zweier wichtiger Förderbereiche veranschaulichen, nämlich der Übungsarbeit und des Sportstättenbaus:

Die Übungsarbeit in den Sportvereinen werden wir auch im kommenden Jahr mit 23 Millionen DM unterstützen. Dazu kommen 2,4 Millionen DM nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz, die den Kommunen aus dem Einzelplan 20 für Aktivitäten im Sportbereich zur Verfügung gestellt werden. Unsere Förderung der Übungsarbeit hat inzwischen eine lange Tradition. Dennoch gibt es in diesem Bereich immer noch Mißverständnisse, auch in diesem Hause, wie wir eben hören konnten. Deshalb sage ich ausdrücklich: Das Land kann und will mit seiner Förderung nicht den Anspruch erheben, eine Vergütung für Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu finanzieren oder teilzufinanzieren.

(Dr. Annemarie Schraps [CDU]: Das ist aber auch nicht gefordert.)

Die Tätigkeit der Übungsleiter und Übungsleiterinnen ist - da hat Frau Kollegin Berger völlig recht - eine ehrenamtliche Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich müssen die Vereine über anerkannte Leiterinnen und Leiter der Übungsarbeit verfügen, um eine Förderung erhalten zu können. Die Entscheidung steht ihnen aber ausdrücklich frei, ob sie die Landesmittel für Leistungen an Übungsleiter und Übungsleiterinnen oder für andere Zwecke der Übungsarbeit einsetzen wollen, so z. B. für die Ausrichtung für Turnieren. Deshalb ging es schlicht an der Sache vorbei, die Höhe ei-

(C)

(D)

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) ner fiktiven Landesförderung pro Übungsleiterstunde ausrechnen zu wollen, um sich anschließend darüber zu beklagen, daß diese Förderung pro Stunde viel zu gering ausfalle.

Ich bin dagegen, daß wir uns künstlich arm rechnen und damit - sicher ungewollt - die anerkannten Leistungen unseres Landes in der Sportförderung herunterreden. Ich bin aber entschieden dafür, daß wir den Vereinen hinsichtlich der Mittelverwendung eine weitestmögliche Entscheidungsfreiheit belassen. Bei dieser Entscheidungsfreiheit soll es auch künftig bleiben.

Neben der Förderung der Übungsarbeit bilden die Mittel für den Bau und die Modernisierung von Sportstätten einen weiteren Schwerpunkt der Sportförderung im kommenden Jahr. Insgesamt werden über 40 Millionen DM zur Verfügung stehen, nämlich 33 Millionen DM im Einzelplan 20 für den Sportstättenbau der Gemeinden sowie 7,3 Millionen DM im Einzelplan meines Hauses für Zuwendungen an Vereine und Verbände.

Wir haben eine Kürzung um gut 3 Millionen DM vornehmen müssen, also um rund 8 Prozent des Gesamtvolumens der Ansätze für die Sportstättenförderung. Ich gestehe: Das ist schmerzlich, und ich wünschte mir eine Finanzausstattung des Landes, die solche Kürzungen nicht erforderlich machte. Solange dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen kann, bleibt Politik allerdings die Kunst des aktuell Machbaren und Möglichen. Gutes Recht jeder Opposition ist es, sich darüber hinwegzusetzen und das haushaltspolitisch Unmögliche zu verlangen, nämlich Mehrausgaben ohne Deckungsvorschläge. Das habe ich bei jedem der fünf Politikbereiche, die ich heute zu vertreten hatte, gehört. Überall will die Opposition noch etwas drauflegen. Ich weiß nicht, ob das Ihre Glaubwürdigkeit im Lande erhöht.

(B) Aber bei allem Verständnis für manchen Spagat in der gewiß nicht leichten Oppositionsrolle: Was wir jetzt im Sport brauchen, ist nicht Luftakrobatik. Viel wirkungsvoller ist jetzt gekonntes und solides Bodenturnen. Darum halte ich den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen in der Sportstättenförderung für Vereine und Verbände um 1,5 Millionen DM für sinnvoll. Das würde unseren Handlungsspielraum im kommenden Jahr tatsächlich und spürbar erweitern. Natürlich bedeuten Verpflichtungsermächtigungen nicht mehr Bargeld, sondern mehr Möglichkeiten für längerfristige

(C) Festlegungen. Mit solchen Festlegungen zugunsten von Investitionen helfen wir jetzt auch dem Arbeitsmarkt, der rasch Entlastung braucht.

Deshalb begrüße ich den Antrag aus doppeltem Grund, weil er realistisch und realisierbar ist und weil er Impulse für Investitionen und damit für mehr Beschäftigung freisetzt.

Nun habe ich Ihnen anhand zweier wichtiger Förderbereiche über Kontinuität in der Sportförderung berichtet. Zur Kontinuität gehört natürlich auch Wandel. Deshalb will ich die zusätzlichen Akzente, die der Haushaltsentwurf setzt, nicht verschweigen. Dabei geht es beispielsweise um eine Position für das Jahr des Schulsports, mit dessen Durchführung zum Schuljahr 1999/2000 der Sportausschuß des Landtags die Landesregierung einmütig beauftragt hat. Ferner handelt es sich um gesonderte Mittel für das gemeinsame Handlungsprogramm des Landessportbundes und der Landesregierung zur Förderung des Ehrenamtes und um unseren finanziellen Beitrag zur Ansiedlung des Internationalen Paralympischen Komitees in Bonn, eine Standortentscheidung - dabei gebe ich Herrn Kollegen Mai recht - mit Signalwirkung für den gesamten Behindertensport weit über Nordrhein-Westfalen hinaus.

(D) Auch darum können wir uns mit dem Entwurf des Sporthaushalts 1999 sehen lassen. Es ist ein Entwurf, der sich in eine gute Tradition einfügt. Denn der Landessportplan, die Summe der sportbezogenen Ansätze aller Ressorts, wird im kommenden Jahr 21 Jahre alt. In diesen gut zwei Jahrzehnten Landessportplan hat das Land insgesamt über 4 Milliarden DM bereitgestellt, mehr als 4 Milliarden DM für den Sport! Das ist ein Grund zur Freude, auch ein wenig Grund zum Stolz, vor allem ist es aber Grund zum Dank an alle, auch in diesem Hause, die dazu beigetragen haben, weiter dazu beitragen und sich für den Sport engagieren. Insbesondere will ich aber all den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sportvereinen und -verbänden für ihr besonderes Engagement danken.

Da ich jetzt am Ende meiner fünf Politikbereiche bin, die ich hier zu vertreten habe

(Zuruf von der CDU: Och!)

- es war eigentlich schön; es hat richtig Spaß gemacht -,

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) will ich noch auf ein paar Bemerkungen der Opposition eingehen. Offensichtlich reiben Sie sich immer noch an dem Ressortzuschnitt, den ich zu vertreten habe.

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Kleinlich!)

Das ist hier heute noch einmal deutlich geworden. Weder meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch ich werden uns die Freude an diesem schönen Ressort dadurch vergällen lassen. Wir finden das Ressort nämlich wunderschön.

(Zuruf von der CDU: Ho! Ho!)

Es hat mit all den Bereichen zu tun, die Lebensqualität für Menschen ausmachen, die für Menschen wichtig sind, an denen Menschen sich freuen: Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir auch im nächsten Jahr mit Freude an diesen Aufgaben weiterarbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Nach diesem Schlußwort zu fünf Abteilungen sind wir - so glaube ich - abstimmungsbereit. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** die **Beratung** zum Einzelplan 15.

Wir kommen zur **Abstimmung**:

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3580** mit dem Stichwort "Programm Arbeit statt Sozialhilfe". Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU? - Die antragstellende Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3581** mit dem Stichwort "Bau, Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten". Wer ist für diesen Antrag? - Die CDU-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens ab über den **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3515**. Wer für die Beschlußempfehlung

ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung beim Abgeordneten Kreuz. Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Wir haben jetzt die noch ausstehende **Abstimmung** über den **Einzelplan 05** vorzunehmen, die wegen der Beratung zum Einzelplan 15 ausgesetzt worden war.

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3577** mit dem Stichwort "Sicherung der Hochschulinfrastruktur". Wer ist für diesen Antrag? - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3578** mit dem Stichwort "Geräteprogramm für Hochschulen". Wer stimmt diesem Antrag der CDU-Fraktion zu? - Die Antragstellerin. Wer ist dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3579** mit dem Stichwort "2000 zusätzliche Lehrerstellen". Wer ist für diesen Antrag? - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3505** ab. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen beim Abgeordneten Kreuz und der Abgeordneten Fitzek. Damit ist der Einzelplan 05 mit Stimmenmehrheit **so beschlossen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

(C)

(D)